



125

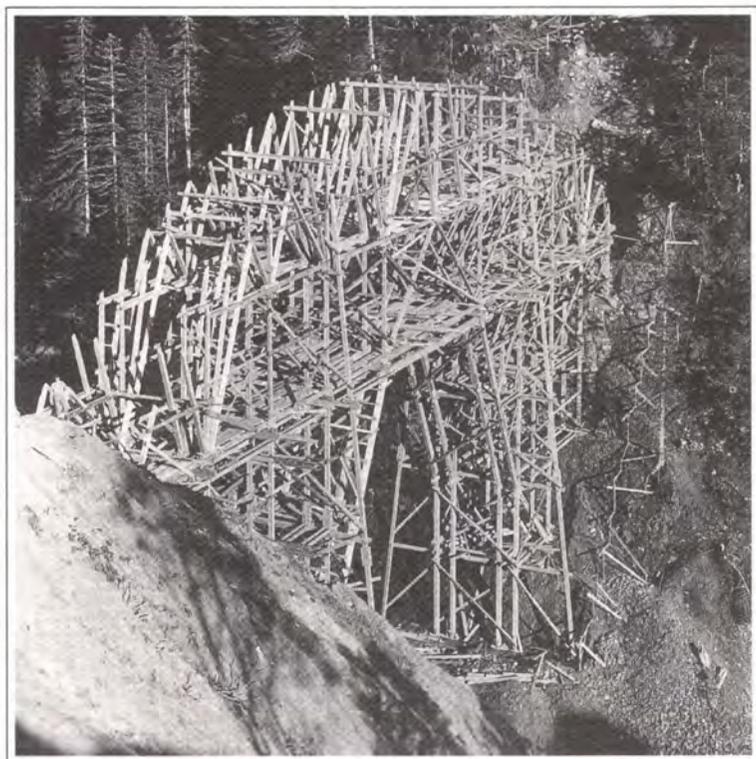
JAHRE

Gewerkschaft

BAU—HOLZ

Landesorganisation Vorarlberg

1893-1992



125 Jahre
Gewerkschaft
Bau-Holz

© Gewerkschaft Bau-Holz
A 6800 Feldkirch, Widnau 2
Vorarlberg

Verfasser: Dr. Werner Bundschuh
Dr. Werner Dreier

Für den Inhalt verantwortlich: Willibald Elisser
A 6800 Feldkirch, Widnau 2

Titelmotiv: Leegerüst Straßenbrücke Schröcken

Druck: J. N. Teutsch, Kornmarktstraße 18, 6900 Bregenz

Satz: Kontext, Feldkirch

Feldkirch, November 1992

Printed in Austria

Alle Rechte vorbehalten

125 Jahre
Gewerkschaft
BAU-HOLZ

Landesorganisation Vorarlberg
1893–1992

Verfaßt von
Werner Bundschuh und Werner Dreier

Vorwort

Im Kampf um gerechten Lohn, bessere Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit wurde vor 125 Jahren in Österreich der Grundstein für die Gewerkschaft Bau-Holz gelegt.

So haben sich die Bau- und Holzarbeiter im Wandel der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen eine wirksame Interessensvertretung geschaffen und können seither auf beachtliche Erfolge zurückblicken. Diese Festschrift wurde vor allem von Dr. Werner Bundschuh aus Dornbirn und Dr. Werner Dreier aus Bregenz gestaltet. Dr. Reinhard Mittersteiner aus Wien stellte seine Archivunterlagen zur Verfügung.

Absicht der Arbeit war es, den Weg der Bau- und Holzarbeiter in Vorarlberg aufzuzeigen, jenen Weg, den wir gemeinsam mit den Mitstreitern in den anderen Bundesländern, mit unserer Zentrale in Wien und dem ÖGB gegangen sind, wobei die immer wieder enge Zusammenarbeit mit den Kollegen in Tirol besonders hervorgehoben werden soll. Nicht unerwähnt bleiben sollen die freundschaftlichen Verbindungen zu unseren Kollegen im benachbarten Ausland.

Die zunehmende Sozialpartnerschaft sowie die zahlreichen Kontakte mit öffentlichen Stellen und Institutionen im Lande seien dankbar genannt.

Ich möchte aber auch allen danken, die am Zustandekommen dieser Festschrift und an der Vorbereitung der Jubiläumsfeier beteiligt waren. Ein besonderer Dank gebührt jedoch den Mitgliedern, Vertrauensleuten, Betriebsräten und Mitarbeitern im Landessekretariat, die am Aufbau der Gewerkschaft Bau-Holz mitgewirkt haben oder heute für sie tätig sind.

Allen wünsche ich auf dem Weg zu einem gemeinsamen Europa eine gute und friedliche Zukunft.



W. Dreier
Landessekretär



*Fahne der Österreichischen Baugewerkschaft, Ortsgruppe Feldkirch,
vor 1933*

Inhalt

- Mühevoller Anfang:
Die Organisation der Bau- und Holzarbeiter
bis zum Untergang der Monarchie
(Werner Bundschuh) S. 10
- Die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter
in der Ersten Republik (1918-1933/34)
bis zu ihrer Auflösung und Unterdrückung durch
Austrofaschismus und Nationalsozialismus
(Werner Dreier) S. 37
- Mithilfe beim Wiederaufbau Österreichs -
Die Holz- und Bauarbeitergewerkschaft nach 1945
(Werner Bundschuh) S. 57

Mühevoller Anfang: Die Organisation der Bau- und Holzarbeiter bis zum Untergang der Monarchie

Die ersten gewerkschaftlichen Organisationen der Bau- und Holzarbeiter in Vorarlberg sind, so wie alle Gewerkschaften, aus dem Bemühen der Handwerker und Arbeiter entstanden, ihre soziale Situation zu verbessern. Bis in die 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts waren diesen Bemühungen in der Monarchie enge Grenzen gesetzt.

Nach dem Scheitern der Revolution von 1848 wurden Arbeitskämpfe strengen Sanktionen unterworfen. Im Strafgesetz von 1852 wurde das sogenannte Koalitionsrecht noch rigoros eingeschränkt. Im Paragraph 481 wurde bestimmt:

"Verabredungen ... von Arbeitern, um sich durch gemeinschaftliche Weigerung zu arbeiten oder durch andere Mittel einen höheren Tag- oder Wochenlohn oder andere Bedingungen von ihren Arbeitgebern zu erzwingen, sind Übertretungen und an den Rädelsführern mit verschärftem Arrest von 8 Tagen bis zu 3 Monaten zu bestrafen; auch sind dieselben, je nachdem sie Inländer oder Ausländer sind, aus dem Kronlande oder dem ganzen Reiche abzuschaffen."

Erst mit dem erfolgreich bestandenem Kampf um das Koalitionsrecht im Jahre 1867 bzw. 1870 wurde die Voraussetzung für die Bildung von politischen Parteien und Gewerkschaften geschaffen. Allerdings wurde der Rahmen von der Obrigkeit zunächst sehr eng gezogen, und es waren nur "unpolitische" Vereine erlaubt. Es kam zur Gründung von Arbeiterbildungsvereinen, deren Mitglieder in den meisten Orten die Träger der sozialdemokratischen Ideen wurden. Nach einem Verbandstreffen im benachbarten Lindau löste Statthalter Eduard Graf Taaffe 1877 jedoch die bestehenden Arbeiterbildungsvereine in Bregenz, Hard, Dornbirn, Feldkirch und Bludenz auf. Doch damit konnte die fortschreitende Vereinigung der hiesigen Arbeiterschaft nur kurzfristig aufgehalten werden: Es entstanden neue Arbeiterbildungsvereine, so zum Beispiel in Hard, wo der Ziegler Augustin Hermann eine führende Rolle spielte.

In den Industriezentren - in Wien, Prag, Graz, Linz und anderen größeren Städten - bildeten sich zu dieser Zeit "Fachvereine" der Maurer und Steinmetze, Tischler, Drechsler, Maler und Anstreicher, auf deren Grund-

lage sich dann die Gewerkschaften entwickelten. Vorarlberg hinkte nach: Erst im Jahre 1893 - im kommenden Frühjahr kann das hundertjährige Jubiläum gefeiert werden! - entstanden hier entsprechende Ortsgruppen.

Frühjahr 1893: Gründung der ersten Ortsgruppen der Holzarbeiter

Am 29. Jänner 1893 fand im Gasthaus "Zum Rößle" in Dornbirn eine allgemein zugängliche Holzarbeiterversammlung statt. Auf diesem Treffen wurde die Gründung einer Ortsgruppe der Holzarbeiter beschlossen. Die Statthalterei Innsbruck genehmigte die vorgelegten Statuten, und so konnte am 25. März die konstituierende Sitzung stattfinden. Christian Fiel, der die Initiative ergriffen hatte, wurde erster Vorsitzender. Die Ortsgruppe Bregenz wurde tags darauf ins Leben gerufen, am 30. April folgte im Gasthaus "Hecht" die Gründung der Ortsgruppe Feldkirch und Umgebung, an deren Spitze Emil Jahn stand. Die Ortsgruppe führte den Titel "Ortsgruppe Feldkirch der Gewerkschaft der Holzarbeiter für Tirol und Vorarlberg". Tischler, Bildhauer, Drechsler, Wagner, Mühlenbauer, Orgelbauer, Binder, Korbflechter, Zimmerleute, Bürstenmacher sowie Holzhilfsarbeiter kamen als Mitglieder in Frage.

In den Gewerkschaftsstatuten war als oberstes Ziel die "Hebung der geistigen und fachlichen Ausbildung" der Mitglieder angegeben. Unter anderem sollte dies durch die Abhaltung von Unterrichtsstunden und Vorträgen erreicht werden. Die Gründung einer Bibliothek und die Errichtung von Lesezimmern wurden beschlossen. Bei der Abfassung von Gesuchen und Klagen sollten die Mitglieder Hilfe erfahren. Als weitere Serviceleistungen waren Adressenlisten und die Arbeitsvermittlung vorgesehen. Das Zusammengehörigkeitsgefühl sollte durch gemeinsame Feste gestärkt werden.

Doch bereits im Jahre 1897 wurde die Ortsgruppe ohne Angabe von Gründen aufgelöst: Wahrscheinlich fehlten ihr die nötigen Mitglieder! Erst sieben Jahre später - am 20. Juni 1904 - wurden die Statuten erneut eingebracht und behördlich genehmigt. Gegenüber der ersten Vereinigung hatte sich jedoch eine organisatorische Veränderung ergeben. Die Ortsgruppe war nun nicht mehr Mitglied des Verbandes für Tirol und Vorarlberg, sondern ein Teil des Verbandes der Holzarbeiter Österreichs. Auch die anderen Vorarlberger Ortsgruppen gehörten seit 1900 diesem Verband an.

Im Jahre 1902 anerkannte die Statthalterei die Ortsgruppe Rankweil.

Statuten

Gewerkschaft der Holzarbeiter für Tirol und Vorarlberg
für die Ortsgruppe Feldkirch und Umgebung.

§ 1.

Titel und Sitz der Ortsgruppe.

Die Ortsgruppe heißt den Titel: Ortsgruppe Feldkirch der
Gewerkschaft der Holzarbeiter für Tirol und Vorarlberg und ver-
trägt sich für die Ortsgruppe Feldkirch und Umgebung.

§ 2.

Zweck der Ortsgruppe.

Die Ortsgruppe verfolgt folgende Zwecke. Die Führung der
geistigen und politischen Erziehung ihrer Mitglieder und zwar:
a) durch Unterrichtsmittel, Vorträge über wissenschaftliche, tech-
nische und gewerkschaftliche Fragen mit Berücksichtigung von Politik
und Religion; ferner durch Verbreitung von Schriften,
Zeitschriften, Broschüren, Alben und sonstigen gewerkschaft-
lichen Literatur, sowie durch öffentliche und münd-
liche Verhandlungen mit anderen gewerkschaftlichen Verbänden
sowie durch gegenseitige Unterstützung der Mit-
glieder mit besonderer Rücksicht auf Unterstützung.

- b) Durch Gründung einer Bibliothek aus dem Mitgliedsbeitrag
Kauf von Büchern und Zeitschriften.
c) Durch Veranstaltung von Festen und gewerkschaftlichen
Festlichkeiten durch Vorarbeiten zu öffentlichen Versammlungen.
d) Durch Organisation von Ausflügen für Unterricht, Vorträge,
Lesungsveranstaltungen und Versammlungen;

1893

Statuten der Gewerkschaft der Holzarbeiter, Ortsgruppe Feldkirch, 1893

Vereinslokal war das Gasthaus "Zur Sonne", die Zahlstelle wies 18 Mitglieder aus. Doch gerade das Rankweiler Beispiel zeigt, wie unbeständig damals noch die gewerkschaftliche Organisation war. Die Rankweiler Holzarbeitervertreter verlegten bereits im Mai 1905 vorübergehend ihren Sitz nach Altenstadt. Im Dezember 1908 taucht jedoch in den Akten erneut eine Ortsgruppe 'Rankweil und Umgebung' unter der Leitung von Franz Gerkmann auf.

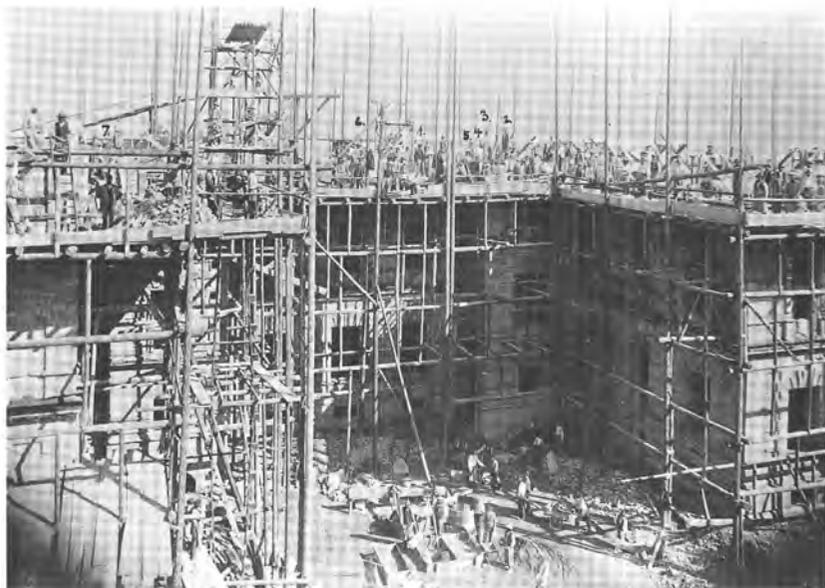
Wie schwierig es damals war, eine funktionierende Ortsgruppe ins Leben zu rufen, zeigt das Beispiel von Lustenau. Hier fand am 13. November 1904 eine Holzarbeiterversammlung statt, zu der von 37 Holzarbeitern 26 erschienen waren. Über den Verlauf des Treffens heißt es im "Holzarbeiter", im Organ der österreichischen Holzarbeitergewerkschaft:

"Gen. Schweighofer sprach über den Zweck und Nutzen der Organisation und forderte die Anwesenden auf, sich dem Verbands anzuschließen. Vier ließen sich aufnehmen ... Die Verhältnisse in Lustenau sind gewiß nicht darnach angetan, daß die Holzarbeiter Ursache hätten, mit ihnen zufrieden zu sein. In den meisten Werkstätten ist die mörderische Akkordarbeit eingeführt, wobei die Löhne so bemessen sind, daß der Arbeiter außerstande ist, etwas zu verdienen ... Von einer Organisation will der größte Teil der Arbeiter nichts wissen und darum zieht es alle förmlich her, die es anderswo wegen ihres Indifferentismus nicht aushalten können. Zwar möchten sie gerne eine kürzere Arbeitszeit haben, anderthalb Stunden Mittagspause wäre ihnen recht, aber daß sie, um etwas zu erreichen, zuerst der Organisation beitreten sollen, davon wollen sie nichts wissen."

Erst im Jahre 1907 erfolgte in Lustenau die Eingabe von Statuten.

Etwas besser erging es in Dornbirn. Waren im Gründungsjahr nur 15 Mitglieder zu registrieren, zwei Jahre später 22, so zählte die Holzarbeitergewerkschaft 1899/1900 hier bis zu 79 Getreue. Dieser organisatorische Höhenflug währte jedoch nur kurze Zeit. Ende 1902 waren es wieder nur 16 Mitglieder, ein halbes Jahr später 28. Die gewerkschaftliche Arbeit litt also unter einer starken Fluktuation. Ähnlich sah die Situation in Bregenz aus. Obmann Franz Wober konnte bei Versammlungen um die Jahrhundertwende mit 30 bis 40 Anwesenden rechnen. Manchmal jedoch wurde die nötige Zahl, um eine Veranstaltung ordnungsgemäß durchzuführen, nicht erreicht.

Der Organisationsgrad der Holzarbeiter in Tirol und Vorarlberg blieb - man kann es drehen und wenden wie man will - sehr bescheiden: 1905 waren von der in der Branche Beschäftigten ganze 3,95 Prozent gewerkschaftlich



Neubau der Bregenzer Hauptpost 1893 bis 1895

organisiert. Und der Eifer dieser ohnehin Engagierten drohte allzu oft zu erlahmen: In der Gewerkschaftszeitung finden sich nicht nur Klagen über die mangelnde Beitrittsbereitschaft der Arbeiter, sondern auch über Mißstände innerhalb der Bewegung. Unter einem Pseudonym las etwa Kolomann Makart, ein führender Kopf der Vorarlberger Gewerkschaften und der SDAP um 1900, seinen Kollegen gehörig die Leviten:

"Es wird hier immer gejammert über die schlechten Verhältnisse, schlechte Zahlung, lange Arbeitszeit u.s.w. Warum es aber so ist, das wollen unsere Kollegen nicht begreifen. Sie wollen nicht einsehen, daß sie nur einzig und allein schuld sind. Wenn sich einzelne Genossen in der Organisation abmühen und trachten, dieselbe in die Höhe zu bringen, wo es dann leicht möglich ist, die verschiedenen schlechten Verhältnisse aus der Welt zu schaffen, tun viele Auchgenossen gerade das Gegenteil. Wenn eine Versammlung ist, findet man sie nicht. Der eine muß dahin gehen, der andere dorthin, der dritte sagt, er muß sparen, was ganz recht und schön wäre, wenn er auch sparen würde, um im Falle eines Kampfes gerüstet zu sein. Aber an einem Montag, da hört das Sparen auf, da wird dann getrunken, bis man voll ist. Dann stolpern sie besoffen in den Werkstätten herum oder machen ganz 'blau' ... Somit verliert der Arbeiter seinen Charakter und ein Mensch, welcher keinen Charakter besitzt, gleicht einem Stück Vieh. All unser Organisieren nützt nichts, wenn wir nicht imstande sind, uns selbst zu beherrschen."

Handwerker als Motor der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung

Seit dem Jahre 1870 dominierte im 'Ländle' das katholisch-konservative bzw. das christlichsoziale Lager. Obwohl Vorarlberg zu den höchstindustrialisierten Regionen der österreichisch-ungarischen Monarchie zählte, konnten hier die Sozialisten kaum Fuß fassen.

Es ist ein weitverbreiteter Irrtum, daß die sozialdemokratischen Organisationen sich hier - was naheliegend wäre - aus dem Textilarbeiterproletariat rekrutiert hätten. Vielmehr waren heimische Handwerker, Facharbeiter und Eisenbahner Träger der sozialistischen Ideen.

Wie stark die Handwerker die Vorarlberger SDAP dominierten, zeigen die 1. Mai-Feiern. Bis in die unmittelbaren Vorkriegsjahre nahmen am landesweiten Maiaufmarsch in Dornbirn überwiegend Meister und Gesel-

len teil. Versuche, den 'Handwerkszug' an den Fabriken vorbeizuführen, um die dortigen Arbeiter und Arbeiterinnen zum Mitmachen zu veranlassen, waren nicht von Erfolg gekrönt.

Der am 31. Dezember 1888 und am 1. Jänner 1889 in Hainfeld abgehaltene Einigungsparteitag der österreichischen Sozialdemokratie wirkte auch auf die Vorarlberger Arbeiterbewegung stimulierend. Mit neuem Schwung ging man an die Aufgabe heran, eine einheitliche, zentral geführte Parteiorganisation zu schaffen. Dabei spielten die Vorbereitungen für die Gestaltung der ersten 1. Mai-Demonstration 1890 eine bedeutende Rolle. Nach dem Beschluß des in Paris abgehaltenen internationalen Arbeiterkongresses sollten an diesem 1. Mai - dem künftigen Kampftag der Arbeiterschaft - in allen Ländern gleichzeitig Arbeiterdemonstrationen veranstaltet werden. Auch die Vorarlberger Arbeiterbewegung solidarisierte sich mit diesem Anliegen, obwohl die Staatsmacht dies mit allen - auch militärischen - Mitteln zu verhindern suchte.

Am 28. April 1890 unterbrach die etwa 15köpfige Belegschaft der Dampfsägefabrik Salzmann in Bregenz die Arbeit und verweigerte mit dem Hinweis, daß im benachbarten Lindau Jahrmarkt und "Blauer Montag" sei, die Fortsetzung der Arbeit. Außerdem forderten die Arbeiter eine fünfzigprozentige Lohnerhöhung, den achtstündigen Arbeitstag und die Wiedereinstellung eines entlassenen Arbeiters. Diese Arbeitsniederlegung kann als erster Streik von Holzarbeitern in Vorarlberg gelten. Er war noch sehr spontanistisch und letztendlich erfolglos.

Der Statthaltereirat reagierte im Vorfeld des 1. Mais überaus nervös auf diese Arbeitsniederlegung und alarmierte neben der Gendarmerie auch die Zivilwachmänner. Doch bereits am folgenden Tag wurde die Arbeit wieder aufgenommen, ohne daß die erhobenen Forderungen auch nur diskutiert worden wären!

Daß im Jahre 1893 im Lande die ersten Ortsgruppen der Holzarbeitergewerkschaft gegründet wurden, hängt ursächlich mit dem Aufschwung der heimischen Sozialdemokraten zusammen. Nach einer langen Lethargiephase brachte die Übersiedelung der beiden Arbeiterführer Johann Coufal und Ignaz Leimgruber von Innsbruck nach Dornbirn neuen Schwung in die Arbeiterbewegung. Die beiden hervorragenden Agitatoren organisierten Versammlung um Versammlung und waren rethorisch in der Lage, den geschulten konservativen "Kasintern" Paroli zu bieten.

Der aus Mähren stammende Tischlergeselle Johann Coufal (1847-1898) wurde im ausgehenden 19. Jahrhundert zum wichtigsten Funktionär und

Versammlungsredner der SDAP. Besonders 1893/94 entfaltete er eine schier unglaubliche Aktivität. Als Reaktion darauf wurde auf Betreiben des Geistlichen Dr. Karl Drexel (1872-1954) in Dornbirn 1893 der erste christliche Arbeiterverein des Landes aus der Taufe gehoben. Auch die Behörden blieben nicht untätig: Sie versuchten Coufal zu kriminalisieren, und Leimgruber wurde wegen "Majestätsbeleidigung" eingesperrt. Ab Mitte der neunziger Jahre stoppten auch innerparteiliche Querelen den relativen Höhenflug der Sozialdemokraten, die von der christlichsozialen Mehrheit als "Landfremde", als "Gottlose", als "Landesfeinde" verteufelt wurden.

1899 kam Josef Harrich, der vormalige Obmann eines wegen anarchistischer Strömungen aus der SDAP ausgeschlossenen Züricher Arbeiterbildungsvereines nach Dornbirn. Zu diesem Zeitpunkt steckte die Dornbirner Ortsgruppe der Holzarbeiter in einem Tief. Sie zählte nur mehr neun Mitglieder! Harrich wurde Obmann, gleichzeitig war er Obmannstellvertreter von Tirol und Vorarlberg. Ihm gelang es innerhalb kürzester Zeit, die Ortsgruppe auf beachtliche 79 Mitglieder auszubauen. Er führte das Vertrauensmännersystem ein, um die Kommunikation unter den Werkstätten zu verbessern.

Der rührige Obmann traf in den eigenen Reihen bald auf Widerstände. Der innerparteiliche Streit eskalierte derart, daß Harrich mit seinem Hauptgegner, Dachdeckermeister Martin Fußenegger, nur mehr gerichtlich verkehrte. Schließlich wurde Harrich im Sommer 1900 aus der Partei ausgeschlossen. Die Dornbirner Holzarbeiter unter Mathias Sommer wandten sich daraufhin mit einer Lageschilderung an den "deutschösterreichischen sozialdemokratischen Parteitag" in Graz:

"Hier in Dornbirn sind die Verhältnisse in der Partei ganz anders als in allen übrigen Ländern und Ortschaften. Es gibt hier sogenannte Stammsozialisten, welche sehr eifersüchtig darüber wachen, daß ja kein Fremder festen Boden gewinnt, und sie aus ihrer Lethargie und Schlaf aufrüttelt. Um nun nicht selber zu arbeiten, rufen sie fortwährend, wir müssen einen tüchtigen Referenten und Organisator haben, doch kaum ist einer angekommen und tanzt nicht nach ihrer Pfeife oder aber derselbe tritt ihnen entgegen, sagt ihnen, so kann es nicht weiter gehen, wacht auf, ermahnt ... zur Tätigkeit. Sofort werden Ränke geschmiedet um den Betreffenden wieder los zu werden, selbst wenn man zu ganz gemeinen Mitteln greifen sollte, wie z.B. mit Gen. Coufal, und jetzt bei Gen. Harrich."

Die Intervention blieb letztendlich erfolglos. Harrich, der im September bei einer Versammlung im Gasthaus "Stern" noch einmal zum Obmann be-

stimmt wurde, mußte die Partei verlassen. Neuer Obmann wurde kurzfristig Johann Schrödl, dann folgte ihm Josef Diem bei der Generalversammlung 1901 nach. Sein Stellvertreter war Johann Plank, Kassiere waren Johann Schmiedbauer und Vinzenz Schmied, als Schriftführer fungierten Franz Primas und A. Schwinghammer, die Bibliothek betreuten die Genossen Waninger und Maierhofer, als Revisoren amtierten die Kollegen Prohaska, Brändel und Kristek.

Nicht nur die Mitglieder der Gewerkschaft waren einer starken Fluktuation unterworfen, auch die Führungskader änderten sich dauernd. Dies läßt sich am Beispiel der Ortsgruppe Bregenz demonstrieren: Um die Jahrhundertwende wanderten die beiden Tischlergesellen Adolf Laser und Alois Marinitsch zu. Gemeinsam mit dem Buchdrucker Josef Psotta bildeten sie bald die 'Führungstroika' der Bregenzer SDAP. Doch ihr Aufenthalt in der Stadt währte nicht lange. Die beiden politisch erfolgreichen Tischler verließen aus unterschiedlichen Gründen die Region, und somit brach dieser schwungvolle Ansatz zusammen.

In den folgenden Jahren dümpelte die Gewerkschaftsbewegung in Vorarlberg ohne besondere Fortschritte dahin. An Ostern 1904 konnten die Dornbirner Holzgewerkschafter unter Josef Diem gemeinsam mit den Metallern ihr zehnjähriges Gründungsjubiläum feiern. Wie mager es jedoch um die Möglichkeiten der Gewerkschafter bestellt war, zeigt der Bericht von Obmann Michael Goppelt bei der Jahreshauptversammlung 1906:

"Der Mitgliederstand ist stets ein geringer, man muß Glück haben, am Ort die nötigen Funktionäre zusammenzubringen, meistens haben die Kollegen selbst schon zwei bis drei Funktionen. Die hiesigen, hauptsächlich verheirateten Kollegen finden es nicht der Mühe wert, dem Verband beizutreten, trotz aller Mühe und Aufforderung. So ist es uns nur möglich, die Ortsgruppe durch reisende Kollegen aufrecht zu erhalten, die Guten bleiben nicht lange, machen [sich] sobald wie möglich wieder fort, nur solche nisten sich ein und bleiben sitzen, die anderswo auch nicht die nötigen Beiträge leisteten. Es gibt hier Werkstätten, wo jeder Organisierte hinausgeekelt wird. Aber trotz aller Hetzerei, den Kopf hoch, durch Kampf zum Sieg!"

Zu dieser Zeit bekamen die sozialdemokratischen Gewerkschafter Konkurrenz. Die Christlichsozialen wollten das Feld auch bei den Holzarbeitern nicht alleine der SDAP überlassen. Dr. Karl Drexel gründete in Dornbirn eine christlichsoziale Holzarbeitergewerkschaft, die die Verkürzung der Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden bei der Baufirma Albrich auf ihr Engagement zurückführte.

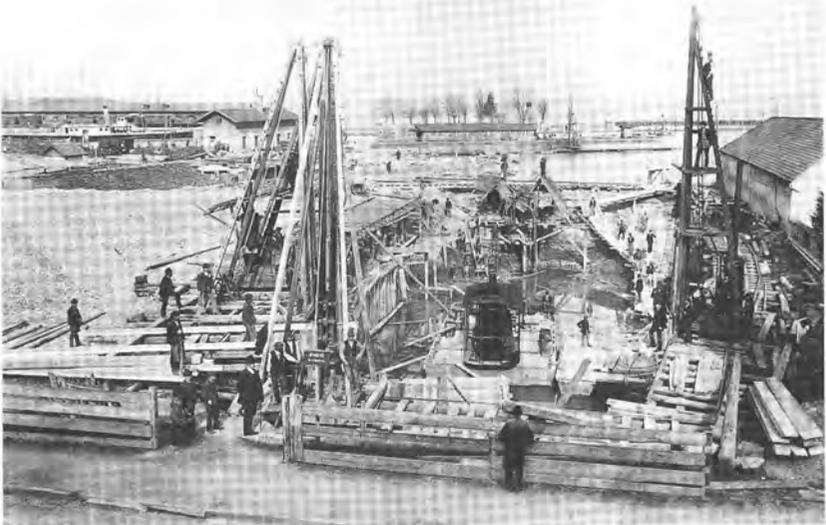
Die Klagen, die gegen die Arbeitgeber erhoben wurden, wiederholen sich in den Berichten über die Situation der Holzarbeiter: überlange Arbeitszeiten, zu niedere Löhne, unbezahlte Überstunden, unwürdige Behandlung durch die Meister, Entlassungen wegen der Teilnahme an 1. Maifeiern, ungenügende Schutzvorrichtungen am Arbeitsplatz und mangelnde soziale Sicherheit.

Im "Holzarbeiter" wurden diese Mißstände laufend angeprangert. Einerseits sollte damit das soziale Gewissen der Meister aufgerüttelt werden, andererseits wollte man die "Indifferenten" für die Gewerkschaftsarbeit mobilisieren. Mit abschreckenden Beispielen unterstützte man diese Bemühungen: "Die Humanität unserer Herren Prinzipale ist echt christlich, und sie würde ganz gut für Sibirien passen. Vor kurzem ist ein Arbeiter an der Hobelmaschine verunglückt; als der betreffende Arbeiter den Meister aufmerksam machte, den Unfall bei der Unfallversicherung Salzburg zur Anzeige zu bringen, sagte der Herr, daß ihn das nichts angehe."

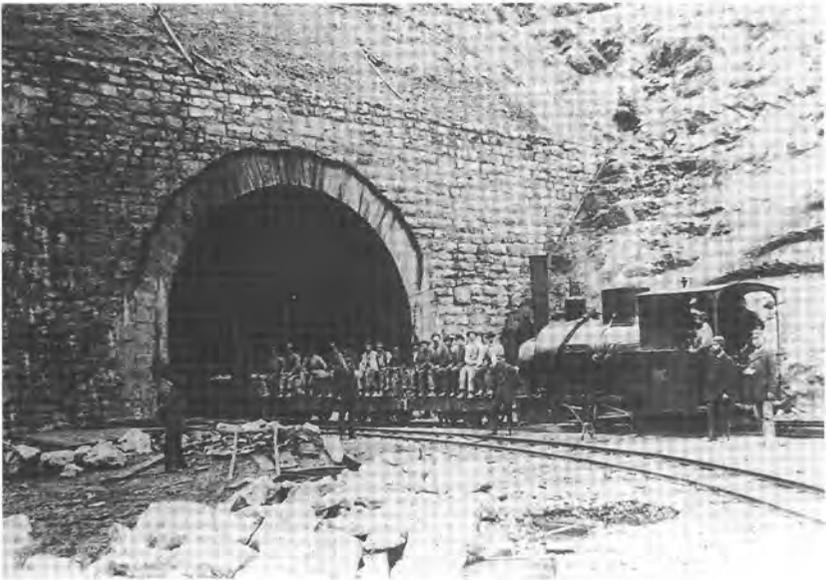
Bei einem Vortrag über "Zweck und Nutzen der Organisation und der Kampf um bessere Lebensbedingungen", gehalten am 12. September 1903 in Bregenz, beklagte der Redner Mrkvicka aus Wien die anhaltende Lethargie unter den Holzarbeitern Österreichs, von denen bisher nur drei von hundert den Weg in die Gewerkschaft gefunden hätten.

Allzu oft fielen die eindringlichen Appelle der Arbeitervvertreter auf taube Ohren. Dabei waren die Arbeitsbedingungen wegen der oft mangelnden Solidarität der Arbeiter in einzelnen Betrieben noch sehr unterschiedlich: Arbeiteten die Bregenzer Tischler im Jahre 1903 zum Teil "nur" mehr neuneinhalb Stunden, so mußten ihre Kollegen in Bludenz und Nüziders, die keine Ortsorganisation hatten, noch elf Stunden in der Werkstatt stehen. Im Bregenzerwald waren Arbeitszeiten von zwölf und dreizehn Stunden hingegen keine Seltenheit.

Die zum Teil miserablen Arbeitsbedingungen stießen dennoch auf vermehrten Widerstand. Länger andauernde Arbeitskonflikte gab es 1904 bei der Rankweiler Tischlerei Schöch und beim Bregenzer Schreiner Josef Gaudl, nachdem dieser das Gewohnheitsrecht der Gesellen, die Jause von einem Lehrling holen zu lassen, aufgekündigt hatte. Gerade der Streikfall Gaudl zeigt jedoch, wie existenzbedrohend eine Arbeitsniederlegung werden konnte. Gaudl hatte die Schreinermeister der näheren Umgebung veranlaßt, keine bei ihm ausgetretenen Gehilfen aufzunehmen. Dutzende Tischlergesellen standen somit auf der Straße - unter ihnen auch der Obmann der Vorarlberger Gewerkschaftskommission Heinrich Mayerhofer



Bau des Trockendocks im Bregenzer Hafen, 1891



Bau des Arlbertunnels, Westportal, vor 1884

sowie dessen Freund Mathias Schwinghammer, der Obmann des Landespartei Komitees. Beide fanden keine Arbeit mehr und verließen schließlich das Land.

Internationale Holzarbeiterkonferenz in Bregenz

Zu den Erfolgserlebnissen der Holzgewerkschafter zählte zweifellos die länderübergreifende Holzarbeiterkonferenz, die am 14. April 1907 in Bregenz stattfand. Der Obmann der dortigen Ortsgruppe, Mittelberger, war Initiator dieser Bodenseeinternationale, und er wurde zum Vorsitzenden gewählt. Er konnte zehn Sektionen, vertreten durch 14 Delegierte, begrüßen. Das Hauptreferat hielt Eduard Ertl, der Sekretär der Vorarlberger SDAP. Die Delegierten verabschiedeten eine Resolution, die eine Zusammenarbeit und gegenseitige Information bei Lohn- und Arbeitsfragen rund um den See vorsah. In den entsprechenden Fachblättern sollten allfällige Tarifänderungen etc. sogleich veröffentlicht werden.

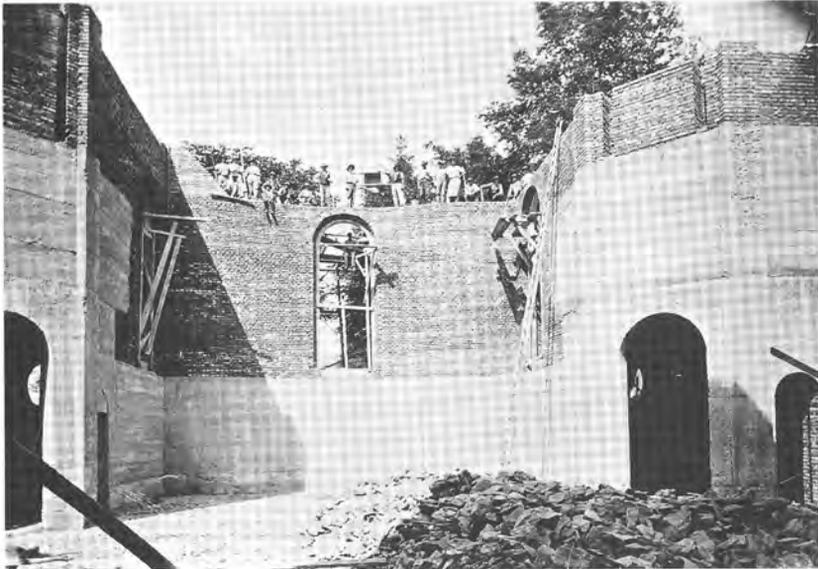
Zum VIII. Verbandstag der Holzarbeiter Österreichs, der im selben Jahr stattfand, konnte Vorarlberg einen Vertreter entsenden. Zu diesem Zeitpunkt waren in Vorarlberg 105 Holzarbeiter Gewerkschaftsmitglieder: in Bregenz 29, in Bludenz 19, in Dornbirn 23, in Feldkirch 23 und in Lustenau 11.

Wares schon schwierig, die Holzarbeiter gewerkschaftlich zu organisieren, so stellten sich bei den Bauarbeitern noch gravierendere Hindernisse in den Weg.

Die 'Wälschen' und 'wilde Streiks'

Ab 1870 kamen aus dem italienischen Trentino massenhaft Arbeitskräfte nach Vorarlberg. Diese Arbeitsmigranten stellten unter den Zuwanderern die größte ethnische Gruppe dar. In der Zeit zwischen 1900 und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges betrug ihr Anteil zwischen sieben und acht Prozent der Gesamtbevölkerung. Während die Frauen meist als Textilarbeiterinnen eingesetzt wurden, arbeiteten die Männer vorwiegend auf dem Bau.

Diese Arbeitsmigranten stammten aus agrarischen Verhältnissen. Es war nun keineswegs so, daß sie im industrialisierten Gastgeberland mit



Bauarbeiter der Firma Gebrüder Mazzolini beim Bau der Kirche des Gallasstift, Bregenz, 1914

fliegenden Fahnen zur Sozialdemokratie übergelaufen wären. Verwandtschaftliche Solidarität, dörfliches Zusammengehörigkeitsgefühl und Verankerung in der katholischen Tradition brachten eigenständige Formen des Arbeitskampfes dieser "Klasse im Übergang" hervor. Die Migranten erreichten - dies zeigen die wissenschaftlichen Untersuchungen von Reinhard Mittersteiner - "punktuell immer wieder einen hohen Stand des Klassenkampfes bei gleichzeitig sehr schwach entwickeltem Klassenbewußtsein." Auf eine kurze Formel gebracht: Es kam zwar zu Arbeitskämpfen und Streiks, organisieren ließ sich das 'Popolo abbandonato', das verlorene Volk, wie sich die Migranten selbst nannten, äußerst schlecht. Der 'wilde' Streik, die kurzfristige und spontane Arbeitsniederlegung - ohne vorherige Abstimmung mit den Freien Gewerkschaften - war das vorherrschende Kampfmittel der Migranten, die mit zahlreichen Vorurteilen konfrontiert wurden. Die als 'Tschingga' oder 'Pipaliner' - dieser Spottname bezieht sich auf den sprichwörtlich hohen Alkoholkonsum der Bau- und Erdarbeiter - verunglimpften Fremden agierten, wenn der Leidensdruck zu groß wurde.

Im Dezember 1882 legten die Dalaaser Streckenarbeiter spontan die Arbeit nieder. Ihr Protest richtete sich gegen das Bauunternehmen Casagrande und Benussi, das die für die Arbeit notwendige Schneeräumung auf Kosten der Arbeiter durchführen lassen wollte. Dieser unkoordinierte Streik endete - wie viele folgende - mit einer Niederlage der Arbeiter: Die angeblichen "Rädelsführer", unter ihnen der aus der Provinz Verona stammende Barackenwirt Giuseppe Panzetti, wurden des Landes verwiesen.

Zu einer spontanen Arbeitsniederlegung im Umfeld des 1. Mais 1890 kam es beim Kirchenbau in Riezlern im Kleinwalsertal. Am Nachmittag des 3. Mais hörten 41 Maurerarbeiter aus Stilfs (Tirol) aus Protest gegen die niedrigen Löhne auf zu arbeiten. Aus der Notiz im konservativen "Volksblatt" geht hervor, daß es auf dem Bau noch Kinderarbeit gegeben hat. 12- bis 14jährige Buben verdienten "1 fl. 10 kr. oder 1 Mk. 87 Pf.". Dieser Hungerlohn wurde vom "Volksblatt"-Schreiber - wie die übrigen Löhne - als durchaus angemessen empfunden. Bereits am selben Nachmittag waren einige Arbeiter bereit, zu denselben Konditionen die Arbeit wieder aufzunehmen. Doch der Baumeister blieb hart: Sie wurden nicht mehr eingestellt. "Er hatte Recht", hieß es dazu im "Volksblatt", denn "der Baumeister hat genug italienisches Menschenmaterial zum Kirchenbau, welches mit dem Lohne zufrieden ist."

Im Dezember des Jahres 1890 streikten die Steinbrucharbeiter in Frastanz. Dieser Arbeitskampf trug alle Merkmale einer Hungerrevolte: Der

Gemeindevorsteher Martin Reisch hatte den Bruch von circa 2000 Kubikmeter Gesteins an zwei italienische Subunternehmer, an Daniele Fontana aus Canale Bovo und Giovanni Mistura aus Pederobbo, gegen einen Fixbetrag von 72 Kronen pro Kubikmeter in Akkordarbeit vergeben. Der vereinbarte Lohnsatz reichte jedoch bei weitem nicht aus, und der eigentliche Arbeitgeber machte keine Anstalten, zusätzliche Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Deshalb befanden sich die Fremdarbeiter im Steinbruch bei Wintereinbruch in einer schier auswegslosen Situation: Sie mußten einerseits um ihren Lohn fürchten, andererseits erhielten sie im Dorf keinen Kredit mehr. Als die hochverschuldeten Subunternehmer vom Gemeindevorsteher ungestüm mehr Geld forderten, wurde die Polizei eingeschaltet. Fontana, Mistura und zwei Arbeiter wurden verhaftet und aus Vorarlberg "abgeschafft".

Als die Arbeitgeber in den Steinbrüchen in Hohenems-Unterklien verlangten, daß die Arbeiter um eine halbe Stunde früher, jedoch bei gleichem Lohn, zu arbeiten anfangen sollten, legten 300 italienische Arbeiter im April 1898 die Arbeit nieder. K. k. Bezirkshauptmann Graf Schaffgotsch und Bürgermeister Reis intervenierten dieses eine Mal jedoch zu Gunsten der Steinbrucharbeiter, die daraufhin die Mehrarbeit abgegolten erhielten.

Im Spätherbst desselben Jahres starteten die Vorarlberger und Trentiner SDAP gemeinsam eine erste "Italieneroffensive", deren Ergebnis die Gründung von sogenannten Societàs in den vier Städten des Landes war. Diese Vereinigungen waren den deutschen Arbeiterbildungsvereinen nachempfunden.

Die erste Societá wurde in Dornbirn von den Bauarbeitern Giorgio Fanton und Josef Begnini, die als Proponenten bei der Bezirkshauptmannschaft Feldkirch die Statuten für eine "Società Italiana Lavoratori e Lavoratrici" einreichten, ins Leben gerufen. Etwa 70 Personen traten ihr bei.

Die italienischen Arbeitervereine in den vier Städten des Landes erreichten Ende 1900 einen Höchststand von 195 männlichen und 15 weiblichen Mitgliedern. Dies waren 2,5 Prozent der 'Wälschen' im Lande. Innerhalb der SDAP wurde diese Gruppe damit kurzfristig zu einem nicht zu übersehenden Faktor. Allerdings verlief die Zusammenarbeit der einzelnen Volksgruppen nicht immer ganz reibungslos. Die 'Wälschen' agierten oft spontan und unterwarfen sich nicht so ohne weiteres der geforderten Parteidisziplin. Diese ersten Italienervereine hatten jedoch nur eine kurze Lebensdauer. Der Druck der Fabrikanten auf die Mitglieder war zum Teil so stark, daß sie zusammenbrachen. Nach einem 'lungo letargo', einer rund siebenjährigen

Lethargie, wurde ein erneuter Anlauf unternommen, die Migranten zu politisieren. Auch dieser zweiten Offensive blieb - bis auf Hard - der durchschlagende Erfolg versagt.

Die ersten Bauarbeitergewerkschaften

Die Gewerkschaft der Bauarbeiter war im kaiserlichen Vorarlberg sehr schwach. Die Mitglieder bestanden zum großen Teil aus italienisch/trentinischen Arbeitsmigranten, die sich - wie aufgezeigt - wegen des häufigen Arbeitsplatz- und Baustellenwechsels und der saisonalen Arbeit nur sehr schwer organisieren ließen.

Im 12. Mai 1901 erfolgte in Dornbirn die Konstituierung einer ersten Vorarlberger Ortsgruppe der Bauarbeiter. Als Obmann wurde Christian Platzer gewählt, Kassier wurde Gebhard Schmid, Schriftführer Johann Mattle. Noch im selben Jahr trat die Ortsgruppe dem Bezirksverband der Gewerkschafts- und Arbeitervereine bei. Sie war also im Gegensatz zu den Holzarbeitern, die eine separate Organisation gegründet hatten, nicht selbständig. Zunächst machten 45 Bauarbeiter mit. Doch der Elan hielt nicht lange an: Bereits im folgenden Jahr wurde die Ortsgruppe wieder liquidiert!

Ein zaghafter Versuch, die Bauarbeiter der Feldkircher Firma Pümpel & Feuerstein zu organisieren und politisieren, scheiterte 1903 bereits im Ansatz, denn die im Gasthaus "Zum Graben" einberufene Versammlung wurde kurzerhand behördlicherseits aufgehoben: Ein deutschsprachiger Bauarbeiter hatte die Firmeninhaber informiert, und prompt kamen zwei mit Korbdegen bewehrte Beamte und ein Gendarmerie-Wachtmeister, die "im Namen des Gesetzes" einschritten. Die "Volks-Zeitung" kommentierte dieses Vorgehen mit:

"Herr Feuerstein sen., ein Baumeister der modernen Schule, ist die Sorge eines Streiks und eventueller Lohnerhöhungen losgeworden. Wie herrlich ist es doch in unserer von Gott gewollten Gesellschaftsordnung eingerichtet. Geldsackinteressen Staatsinteressen. Vor dem Gesetz sind alle Staatsbürger gleich!"

Die Arbeiter der Firma traten dennoch in den Ausstand, weil sie sich mit einem Elfstundentag nicht mehr abfinden wollten. 27 Arbeiter wurden hierauf jedoch fristlos entlassen.

Wie triste die gewerkschaftliche Situation in ganz Westösterreich war, zeigt das Protokoll über die Verhandlungen des VII. Verbandtages der

Bauarbeiter Österreichs, der vom 12. bis zum 17. Februar 1905 in Wien abgehalten wurde:

"In Tirol ist außer einer ihr Leben kümmerlich fortfristenden Gruppe in Innsbruck keine weitere Organisation vorhanden. Die im italienischen Südtirol, im Trentino nur kurze Zeit bestandenen Gruppen gingen durch die fortwährenden Streitigkeiten der führenden Parteigenossen vollständig verloren. Eine Wiederauflebung dieser Gruppen in absehbarer Zeit ist völlig ausgeschlossen."

Ganz so arg war es nicht. Vier Jahre nachdem sich die erste Dornbirner Bauarbeitersektion aufgelöst hatte, wurde ein erneuter Anlauf genommen. Am 4. August 1906 bewilligte die Statthalterei Innsbruck die Statuten. Franz Posar stand der neuen Ortsgruppe vor.

Im selben Jahr erfolgte auch die Gründung einer Ortsgruppe in Bregenz, der 18 Mitglieder beitraten. Das Agitieren unter den Arbeitskollegen blieb nicht ohne Erfolg: Am 2. und 3. Juni 1907 streikten 54 Bauarbeiter und Zimmerer in den Betrieben von Cornelius Rhomberg, Benedikt Madlener, Franz Hagen, A. Flatz, G. Gorbach (Hörbranz), Theodor Frener, Jakob Rohberg (Rieden), Jakob Kraushaar, Romedi Wacker, Edmund Hörburger



Burgenländische Arbeiter bei einem Fabriksbau für F.M. Hämmerle, Dornbirn, vor 1914

(Lochau), G. Rohner (Hard) und F. Schertler (Lauterach). Die Streikenden setzten den Zehnstundentag und einen Minimallohn von 36 Hellern durch.

Eine Lohnbewegung konnte beinahe zum selben Zeitpunkt auch in Bludenz mit Erfolg abgeschlossen werden: Die Arbeiter erkämpften hier im Juli ebenfalls den Zehnstundentag. Gleichzeitig erfolgte unter den italienischen Bauarbeitern eine rege Werbekampagne.

1907/08 begab sich der Tiroler Bauarbeitersekretär Silvio Flor, der bereits in den 1890er Jahren vergeblich versucht hatte, die bei der Rheinregulierung in Fußach Beschäftigten gewerkschaftlich zu organisieren, gemeinsam mit dem äußerst agilen Italienersekretär Domenico Gasperini auf Agitationstouren durch das Land. Silvio Flor wurde in der Folge Bauarbeitersekretär für Nordtirol, Südtirol, das Trentino und Vorarlberg. Das Sekretariat hatte seinen Sitz in Innsbruck.

Von Dornbirn aus versuchte Franz Posar die Bewegung auch in anderen Gemeinden zu verankern. 1908 wurden Zahlstellen in Feldkirch und Bludenz eingerichtet.

Und wie bei den Holzarbeitern reagierten die Christlichsozialen auf die Erfolge der Sozialdemokraten. Sie versuchten auch bei den Bauarbeitern Boden gutzumachen. So referierte der christlichsoziale Arbeitersekretär Eder in Bludenz vor Bauarbeitern. Die Bemühungen blieben jedoch erfolglos.

Der Aufschwung der Jahre 1907/08 war nicht von Dauer. Mit dem Scheitern der zweiten "Italieneroffensive" - die Societäs, deren Funktionäre allesamt Bauarbeiter waren, lösten sich zum Teil unter chaotischen Umständen selbst auf - verlor auch die Vorarlberger Bauarbeiterorganisation deutlich an Kraft. Ende 1911 soll die Ortsgruppe Dornbirn nur mehr aus drei Mann bestanden haben.

Insgesamt waren im Jahre 1910 in Vorarlberg 1.268 Personen gewerkschaftlich organisiert. Darunter befanden sich 47 Maurer (3,7 Prozent) und 10 Bauhilfsarbeiter (0,7 Prozent). Mit dieser bescheidenen Basis war es schwierig, eine konstruktive und koordinierte Gewerkschaftspolitik zu betreiben. Deshalb war der Einfluß der Bauarbeitergewerkschaft sehr beschränkt, und es mangelte am nötigen Durchsetzungsvermögen. Dies zeigte sich auch darin, daß es immer wieder zu unorganisierten Arbeitsniederlegungen kam, wie zum Beispiel beim Bau des Koblacher Kanals. Hier streikten einige hundert Arbeiter, ohne daß selbst Hermann Leibfried, die "Seele der SDAP" im Jahrzehnt vor dem Ausbruch des Krieges, etwas davon wußte!

Was mit einem organisierten Vorgehen zu erreichen war, zeigte jedoch 1909 der Malerstreik in Bregenz. Nach achtunddreißigtägigem Ausstand waren die Malermeister zum Nachgeben gezwungen. Der Arbeitskonflikt war ausgebrochen, als die Malermeister nach dem Auslaufen des alten Tarifes neue Forderungen stellten: Für einen bescheidenen Stundenlohn von 46 Heller wollten sie pro Tag 280 Kubikmeter Kalk aufgetragen sehen, außerdem sollten die Gehilfen das Arbeitsmaterial - Linierer, Lineal, Spachtel, Schnürschnur usw. - selbst stellen. Als Reaktion auf diese Zumutungen verließen von den 28 Malergehilfen 23 bis auf weiteres Bregenz. Voller Schadenfreude kommentierte die "Volks-Zeitung" den Versuch der Meister, Streikbrecher anzustellen:

"Stuttgart, Augsburg, München, ja, die werden uns so viel 'Arbeitswillige' senden, daß wir für die nächsten Jahre keine Organisierten mehr einstellen brauchen! glaubten die Malermeister. Doch mit den Geschickes Mächten ist kein ew'ger Bund zu flechten und das Senden hörte bald auf. Ei, wie lieblich ist's zu schauen, wenn einträchtig Herr und Knecht, der erste korpulent und hochnäsigt, der zweite schlank wie eine Hopfenstange und hager wie eine kranke Kuh, auf dem Gerüste stehen und in gezwungener Miene herabschauend auf den Streikposten, der lächelnd das Schauspiel, daß Meister auf einmal arbeiten, beguckt und konstatiert, wie schwer es sein muß, nach jahrelangem Ruhen auf einmal aufgescheucht zu werden."

Mit der Ortsgruppe Bregenz des Verbandes der Maler Österreichs und der Ortsgruppe des Alpenländischen Malerbundes wurde schließlich ein Kollektivvertrag vereinbart, der einen neuneinhalbstündigen Arbeitstag mit einem Mindestlohn von 48 Heller vorsah. Außerdem wurden Zuschläge für Überstunden, Feiertags- und Nachtarbeit erkämpft.

Neun Tage lang streikten zur selben Zeit 51 Arbeiter der Zementwerke Lorüns, um Lohnkürzungen abzuwehren. Auch ihr Arbeitskampf blieb erfolgreich.

Der Dornbirner Tischlerstreik von 1910

Landesweit konnte die Holzarbeitergewerkschaft - so wie die Textilarbeiter- und Metallarbeiterorganisation - in den Jahren 1909/10 einen Aufschwung verzeichnen. Eine gewisse Ausnahme machte die Ortsgruppe Dornbirn, die nicht so recht florieren wollte.

Der Jahresbericht der Dornbirner Holzarbeitergewerkschaft aus dem

Jahre 1908 gibt einen guten Einblick in die bescheidenen finanziellen Möglichkeiten der Gewerkschafter. Die Abrechnung für das abgelaufenen Vereinsjahr wies folgende Ausgaben auf:

Reiseunterstützung für wandernde Gesellen: Kr. 6.40

außerordentliche Unterstützungen: Kr. 40.-

Inserate: Kr. 10.04

Agitation: Kr. 17.-

Abonnements: Kr. 7.30

Bibliotheksbücher: Kr. 2.80

(Gesamtstand 118 Bücher)

Delegierungskosten: Kr. 4.50

Streikunterstützung: Kr. 10.-

Bezirksverband: Kr. 14.76

Lokalmiete, Porto, Schreibmaterial: Kr. 25.09

diverse Ausgaben: Kr. 10.50

Obmann Mathias Kocher, der bei der Schreinerwerkstätte Winder im Oberdorf beschäftigt war, mußte außerdem - bei einer besonders hohen Zu- und Abwanderungsrate - einen Mitgliederrückgang von 40 auf 32 zur Kenntnis bringen. Der Abwärtstrend hielt auch im folgenden Jahr an. Nur mehr 25 von 80 Holzarbeitern verblieben in der Gewerkschaft.

Gewerkschaftsmitglieder waren am Arbeitsplatz einem ganz besonderen Druck ausgesetzt. Dies mußte Mathias Kocher am eigenen Leib erfahren. Ihm wurde gekündigt. Die solidarische Haltung der Kollegenschaft erreichte jedoch nach zweitägigem Streik die Zurücknahme dieser Maßnahme und die Entlassung eines schikanösen Werkführers.

Ökonomisch steckte die Monarchie in den letzten "Friedensjahren" in einer schweren Krise:

"Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Dornbirn sind auch derart miserabel, daß man sich wundern muß, wie es den Kollegen überhaupt noch möglich ist, leben zu können. Allerdings ist auch die Lebensweise darnach. Gibt es doch in Dornbirn noch Arbeiterfamilien genug, bei denen die ganze Woche kein Stückchen Fleisch auf den Tisch kommt, oft nicht einmal Sonntags. Über die Wohnungszustände wollen wir erst gar kein Wort verlieren. Daß Vorarlberg in unserer klöstergesegneten Monarchie das gesegnetste und auch das teuerste Kronland ist, dürfte überall bekannt sein." (Der Holzarbeiter, Nr. 30, 29.7.1910)

Durch diese wirtschaftliche Lage provoziert, brachen auch in Vorarlberg Arbeitskämpfe von bisher nicht gekannter Schärfe aus:

In Bregenz streikten die Zimmerer und die Tischler, und auch bei den Bürstenbindern, die in die Holzgewerkschaft eingebunden waren, kam es zu einem heftigen Arbeitskampf.

Am 25. Juli 1910 traten in Dornbirn die Eisengießer bei der Maschinenfabrik Rüschi-Ganahl AG in Ausstand. Es sollte eine beinhardter Auseinandersetzung werden. Der Industriellenpräsident, "Erzschärfmacher" Julius Rhomberg, wollte keinerlei Kompromisse mit den Arbeitern eingehen. 91 Tage lang kämpfte die Belegschaft, bis ein befriedigender Abschluß erfolgte.

Doch nicht nur die Metaller streikten, auch die Dornbirner Tischler. Sie unterbreiteten den Unternehmern einen Forderungskatalog, den diese kategorisch zurückwiesen. Die Tischlergesellen und Maschinenarbeiter wollten:

- eine neuneinhalbstündige Arbeitszeit
- an Samstagen um fünf Uhr, vor hohen Festtagen um vier Uhr Feierabend
- einen Mindeststundenlohn für gelernte Schreiner und Maschinenarbeiter von 45 Heller
- für Gehilfen unter einem Jahr Praxis und alte Arbeiter einen Mindestlohn von 38 Heller
- für selbständige Maschinenarbeiter 55 Heller - pro Jahr eine automatische Erhöhung um 1 Heller
- eine Vertragsdauer von drei Jahren.

Mit 64 gegen zwei Stimmen beschlossen die Tischler und "Maschinisten" bei einer Versammlung, die Kündigung per 27. August auszusprechen. Die Meister reagierten bei ihrem Treffen im Gasthaus "Freihof" - wie die sozialistische "Vorarlberger Wacht" mitzuteilen wußte - zum Teil sehr heftig:

"Geschimpft wurde wie ein Rohrspatz auf die Funktionäre unseres Verbandes, die man entlassen oder hinausjagen will ... Die Firma Albrich hat damit schon den Anfang gemacht. Auch Pius Hämmerle ist mit seinen christlichen Arbeitern im Konflikt."

Schwarze Listen mit den Namen jener 72 Gehilfen, die gekündigt hatten, wurden von der Vereinigung der Schreinermeister - Obmann war Michael Winder - in Umlauf gebracht.

Zu Beginn des Arbeitskonfliktes setzten die Streikenden ihre Hoffnungen noch auf "das soziale Empfinden" der Schreinermeister und Bauunternehmer. Insbesondere hoffte die "Wacht" auf das Verständnis jener, die früher Mitglieder der Holzarbeiterorganisation oder des Arbeitervereines

gewesen waren. Diese Erwartungen wurden bitter enttäuscht: Auch die 'sozialistischen' Kleinmeister hatten keine offenen Ohren für die Anliegen der Gehilfen und waren zu keinerlei Verhandlungen und Konzessionen bereit.

Nach vierwöchigem Streik verließen die meisten unverheirateten Tischlergehilfen Dornbirn, um den zurückgebliebenen Familienvätern eine bessere Verhandlungsposition zu verschaffen. Sie kamen in den umliegenden Gemeinden - etwa in Lustenau - unter. Die Unternehmer versuchten alles, um sie aus ihren Stellungen zu vertreiben. Einige wenige Gehilfen ließen sich als Streikbrecher anheuern.

Streikbrecher zu finden war für die Meister nicht einfach: "Der Oberscharfmacher Winder" - so stand es in der "Wacht" - "insetiert in allen möglichen und unmöglichen Wurstblättchen, sogar im 'Schwarzwälder Boten', dem Leibblatt aller Indifferenten Deutschlands und der Schweiz, aber es nützt nichts; nicht wahr Herr Winder, sogar nach Wien sind sie umsonst gefahren, obwohl Sie vorher großsprecherisch bei Ihren Kollegen anfragten, wieviel jeder von diesem nützlichen Menschenmaterial brauche." Die Gebrüder Luger insetierten sogar in der slowenischen Zeitung "Domoljub".

Auch gerichtlich gingen die Meister gegen die Streikenden vor. Man beschuldigte sie des Bruches des Koalitionsgesetzes. Angeklagt wurden zehn Arbeiter, drei vom christlichen, sechs vom freien Holzarbeiterverband und ein Unorganisierter. Acht Angeklagte wurden freigesprochen, zwei Sozialisten zu drei bzw. fünf Tagen Arrest verurteilt.

Der Streik zeigte eines deutlich: Soziale Aufsteiger wie der Schreinermeister Niederer waren jederzeit bereit, die politischen Fronten zu wechseln. Vor wenigen Jahren war Niederer noch ein "sehr radikaler Sozialdemokrat" gewesen, nunmehr zählte er zu den Scharfmachern unter den Meistern.

Die Streikenden erfuhren materielle und ideelle Unterstützung von den Genossen der umliegenden Gemeinden. Sozialistische und christliche Gewerkschafter zogen an einem Strang:

"Die heute im Gasthaus 'Zur Rose' versammelten christlichen Gewerkschaften von Bregenz und Umgebung sprechen den streikenden Holzarbeitern von Dornbirn das Gefühl der Sympathie aus und versprechen, dieselben sowohl moralisch als auch materiell zu unterstützen."

Elf Wochen lang hielten die Streikenden mit eisener Disziplin durch: Mitte November gaben die Meister schließlich nach. Der "Holzarbeiter"

konnte seinen Lesern das Streikergebnis, das als Teilerfolg zu betrachten war, mitteilen:

"Die Arbeiter erzielten eine Lohnerhöhung von 6 bis 10 Prozent und einen Minimallohn von 40 H. per Stunde nach dem zweiten Gehilfenjahr sowie die Regelung der Arbeit an den Vorabenden der hohen Feiertage und der Überstunden. Der lange Widerstand, den die Unternehmer, aufgestachelt vom Industriellenbund, geleistet hatten, hat also nichts genützt. Allerdings muß an dieser Stelle auch gesagt werden, daß der Streik keineswegs so lange gedauert hätte, wenn die Arbeiter bis auf den letzten Mann in unserer Organisation stünden. Hoffentlich haben sie aus diesem Streik gelernt und werden sich in Zukunft auch darnach einrichten."

Das Prinzip Hoffnung herrschte vor, und manche hochgespannte Erwartung der Arbeiterfunktionäre ging nicht in Erfüllung.

Lage der Holzarbeiter am Vorabend des Ersten Weltkrieges

Eine umfangreichere statistische Aufarbeitung der Lage der Holzarbeiter erfolgte 1913 durch die Bregenzer Sektion. Sie erfaßte in zehn Orten 68 holzindustrielle Betriebe mit 230 Arbeitern:

	Zahl der Betriebe	mit Maschinen	Beschäftigte
Bregenz	10	7	60
Dornbirn	17	12	89
Feldkirch	5	2	21
Rankweil	4	4	18
Lustenau	14	10	22
Hard	6	2	3
Höchst	3	1	3
Giesingen	2	2	7
Altenstadt	1	1	6
Sulz	1	-	1

Obwohl Klein- und Kleinstbetriebe vorherrschten, war die Maschinenausstattung für damalige Verhältnisse sehr beachtlich. Von den Beschäftigten waren 169 Tischler, 18 Maschinenarbeiter, 7 Tapezierer und 36 Hilfs- und sonstige Arbeiter.

Im Vorjahr waren noch 398 holzindustrielle Arbeiter gezählt worden. Ihre Anzahl hatte sich im Laufe eines Jahres also um sage und schreibe 43 Prozent vermindert. "Die Fehlenden haben wahrscheinlich den Staub des

Vaterlandes von ihren Schuhen geschüttelt und haben im Ausland Brot und Arbeit gefunden, was ihnen in der ach so 'teuren Heimat' versagt blieb, jedenfalls auch lohnendere Arbeit, da die Lohnverhältnisse in Österreich auf keinen Fall allzu verlockend genannt werden dürfen", mutmaßte "Der Holzarbeiter".

Auch die politische Ausrichtung der Gewerkschafter wurde erhoben: Von den 80 gewerkschaftlich Tätigen sollen 34 christlich, 6 national und 40 sozialdemokratisch orientiert gewesen sein.

Die offensichtliche Schwäche der Arbeiterorganisation wurde dadurch noch verstärkt, daß in den kleinen Ortschaften hunderte Holzarbeiter (nach der Volkszählung 1910 gab es in Vorarlberg 1.527 in der Holzindustrie Arbeitende) von der Gewerkschaftsbewegung völlig unerfaßt blieben.

Mit dem Ausbruch des Weltkrieges wurden die ohnehin schwachen Bau- und Holzarbeiterorganisationen aufgerieben: Die Mitglieder kamen an die Front, politische Versammlungen wurden verboten. Erst gegen Kriegsende konnte die SDAP ihre Existenzkrise allmählich überwinden.

Kurz vor dem Zusammenbruch der Monarchie gab es in Vorarlberg wieder einen "Bauarbeiterstreik": 66 der 76 beim Bau der Straße Ludesch-Raggal eingesetzten russischen Kriegsgefangenen verweigerten im Juli 1918 die Fortsetzung der Arbeit. Sie verlangten eine bessere Behandlung und eine reichlichere Verpflegung. 42 Arbeitsverweigerer wurden daraufhin auf andere Bauplätze nach Südtirol verlegt, die restlichen Gefangenen nahmen die Arbeit wieder auf.

Wichtige Funktionäre während der Aufbauphase der Gewerkschaft

Bregenz

Laser Adolf, Tischlergeselle; Leitungsmitglied der Bregenzer SDAP (1900-1902), Obmann des Gemischten Gewerkschaftsvereines

Marinitsch Alois, Tischlergeselle; Obmann der Gewerkschaft der Holzarbeiter Ortsgruppe Bregenz (1899/1900)

Mayerhofer Heinrich, Tischlergeselle; Obmann der Gewerkschaftskommission für Vorarlberg (1904)

Persberschläger Franz, Schreinergehilfe; Obmann der SDAP-Ortsgruppe Rieden-Vorkloster (1911)

Schwinghammer Mathias, Tischlergeselle; führender Funktionär in Partei und Gewerkschaft; Obmann der Landesparteivertretung (1904)

Strassek Simon, Tischlergeselle; führender Funktionär der SDAP, u.a. Obmann des Bregenzer Konsumvereines, Revisor der Landesorganisation (1904)

Wober Franz, Tischlergeselle; Obmannstellvertreter der Landesparteivertretung der SDAP, Obmannstellvertreter der Gewerkschaftskommission für Vorarlberg (1907); Obmann der Holzarbeitergewerkschaft Ortsgruppe Bregenz Hard

March Francesco, Maurerpolier; wichtiger Funktionär der italienischen Sozialdemokratie im Unterland, Obmann der 'Società Italiana Lavoratore e Lavoratrici di Bregenz' (1900)

Dornbirn

Coufal Johann, Tischlergeselle; bedeutendster Versammlungsredner der SDAP zwischen 1892 und 1897

Fanton Giorgio, Maurer; Obmann der Bauarbeitergewerkschaft (1909)

Fiel Christian, Tischlergeselle; Gründer und erster Obmann der Holzarbeitergewerkschaft (1893)

Harrich Josef, Tischlergeselle; Obmann der Holzarbeitergewerkschaft (1899/1900)

Munari Fidel, Maurer; führender Funktionär der Dornbirner Società, Ausschußmitglied der Bauarbeitergewerkschaft (1906)

Perezzioli Isidor, Steinschleifer; Präsident der 'Società' (1908/09)

Schärmüller Johann, Modelltischler; Landesvertrauensmann der SDAP (um 1900)

Zumtobel Johann Georg, Bürstenbindermeister; Kandidat der SDAP bei den Gemeinderatswahlen 1910

Rankweil

Hagmann Franz, Tischlergeselle; Kassier der Holzarbeitergewerkschaft (1904); Bibliothekar des Bildungsvereines

Haramach Josef, Tischlergeselle; Obmann der Holzarbeitergewerkschaft (1911)

Kocher Mathias, Obmann der Holzarbeitergewerkschaft (1904), Obmann des Arbeiterbildungsvereines und des Gemischten Gewerkschaftsvereines von Feldkirch

Feldkirch

Gerkmann Franz, Tischlergeselle; Obmann der Holzarbeitergewerkschaft (1907/08)

Jahn Emil, Tischlergeselle; Gründungsobmann der Holzarbeitergewerkschaft (1893)

Landerk Heinrich, Tischlergeselle; Obmann der Ortsgruppe (1896)

Pokorny Hubert, Tischlergeselle; Funktionär der Holzarbeitergewerkschaft und erster Obmann der Naturfreunde (1907)

Teufel Gustav, Tischlergeselle; Obmannstellvertreter der Holzarbeitergewerkschaft (1911)

Bludenz

Paluselli Giuseppe, Maurerpolier; wichtigster Funktionär der italienischen Sozialdemokratie im Oberland (um 1900)

Die Unterlagen für dieses Kapitel stammen fast ausschließlich von Reinhard Mittersteiner (Wien/Hard). Er hat die Anfangsgeschichte der Bau- und Holzarbeiter quellenmäßig erfaßt und die Grundzüge in seinen wissenschaftlichen Arbeiten herausgearbeitet.

Quellen:

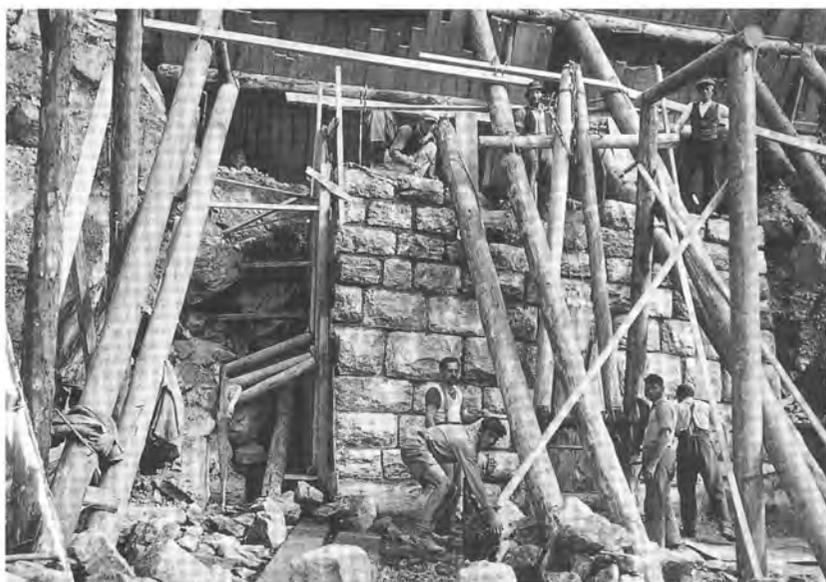
Akten im Vorarlberger und Tiroler Landesarchiv
Tätigkeitsberichte der Bau- und Holzarbeitergewerkschaften

Zeitungen:

Volks-Zeitung
Vorarlberger Volksblatt
Vorarlberger Wacht
Die Gewerkschaft
L'Avvenire del Lavoratore
Der Arbeiter
Verbandsorgan der Holzarbeiter und verwandten Berufe Österreichs (1893-1897)
Der Holzarbeiter (1898 ff.)

Literatur (Auswahl):

Hanni, Werner: Zur Geschichte der Arbeitskämpfe in Tirol und Vorarlberg von 1870-1918. Dissertation Innsbruck 1983.
Mittersteiner, Reinhard: Wachstum und Krise - Vorarlberger Arbeiterbewegung 1890-1918. In: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946. Bregenz 1984, S. 73-132.
Mittersteiner, Reinhard: Die Genossen Handwerker. Zur Geschichte der Dornbirner Sozialdemokratie in der Monarchie. In: Bundschuh, Werner/Walser, Harald: Dornbirner Stadt-Geschichten. Dornbirn 1987, S.122-168.
Mittersteiner, Reinhard: Peripherie und Sozialismus. Die Konstituierung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Vorarlberg (1889-1918). Dissertation Wien 1988.



Straßenbau um 1900 und 1936: Pflasterungsarbeiten am Dornbirner Marktplatz und Bau der Flexenstraße

Die Gewerkschaften der Bau- und Holzarbeiter in der Ersten Republik (1918-1933/34) bis zu ihrer Auflösung und Unterdrückung durch Austrofaschismus und Nationalsozialismus

Eine Geschichte

Früher einmal gab es einen Festtag der Arbeiter, welcher auch gefeiert wurde: den 1. Mai. An diesem Tag feierten die sozialdemokratischen und kommunistischen ArbeiterInnen in teils gemeinsamen, teils getrennten Aufmärschen, am 1. Mai feierten aber auch die katholischen ArbeiterInnen mit der Landeswallfahrt nach Rankweil - dazu hatte 1929 der dortige Pfarrer das Kapellweihfest extra auf den 1. Mai verlegen müssen. Abends gab es jeweils eine Festveranstaltung mit einem ausgebauten kulturellen Programm und dann wurde getanzt... Am 1. Mai putzten sich die Menschen



*"Diktatur ist Krieg. Wir wollen Freiheit und Frieden".
Transparent beim Maiaufmarsch in Bludenz, 1928*

heraus, und die Lokomotiven wurden mit roten Nelken geschmückt. Man holte die roten Fahnen heraus und zog mit ihnen durch die Städte, mancherorts wie in Bregenz oder Höchst auch an die Grenzen, um sich dort mit schweizerischen oder deutschen ArbeiterInnen zu treffen, mit denen man sich verbunden fühlte von Arbeiterin zu Arbeiterin, von Arbeiter zu Arbeiter. Auch wußte man gemeinsame Lieder zu singen, das "Lied der Arbeit" etwa oder die "Internationale".

Bei all diesen Veranstaltungen waren die ArbeiterInnen nie so ganz unter sich, zumindest ein Herr in Zivil war immer dabei, der mehr oder minder auffällig mitschrieb, was gesagt wurde. Diesem Beauftragten der Politischen Behörde, meist ein Kriminalbeamter oder Gendarm, verdanken wir genaue Berichte über diese Feiern. Vom 1. Mai 1925 finden wir in den Präsidialakten der Vorarlberger Landesregierung einen ausführlichen Bericht aus Bregenz u.a. über die "Volksversammlung" vom Vormittag im Forstersaal, bei der auch eine Fahne an die Bauarbeiterschaft überreicht wurde. Der Gendarm hielt dazu fest:

"Der Sekretär der Bauarbeiterorganisationen Österreichs (Name unbekannt) schildert hierauf die Entwicklung der Bauarbeiter vom 'Baraber' zum vollwertigen Mitglied der sozialen Organisationen. Er sprach über das Symbol, die Fahne, die das Zusammengehörigkeitsgefühl dokumentieren sollte und forderte die Bauarbeiter auf, ihrem Banner stets treue Gefolgschaft zu leisten. Hierauf erfolgte unter dem Absingen der "Internationale" die Enthüllung der Fahne. Der Obmann der Bauarbeitergewerkschaft in Bregenz nahm das Banner in seine Obhut und dankte denjenigen, die durch freiwillige Spenden die Anschaffung der Fahne ermöglichten."

Vom "Baraber" zum "vollwertigen Mitglied der sozialen Organisationen", d.h. auch zum vollwertigen Mitglied der Gesellschaft: Das war eine wichtige Aufgabe der Arbeiterbewegung in Vorarlberg, in einem Land, dessen Mundarten kein Wort für das hochdeutsche Wort "Arbeiter" kennen. Dieses Wort bedeutete im Mittelalter Mühsal, Plage, Not. Natürlich kannten das die Menschen in Vorarlberg, aber sie hatten nicht das positiv besetzte Wort "Arbeiter" für jene, die diese Mühsal auf sich nahmen. Diese hießen "Fabrikler", "frömde Beattla" oder eben "Baraber" - und alle drei Begriffe verweisen auf ein nur geringes Maß an gesellschaftlicher Anerkennung. Natürlich waren viele der Vorarlberger ArbeiterInnen zugewandert, weit mehr als zehntausend zur Zeit der Jahrhundertwende aus dem Trentino und viele tausend aus dem Gebiet der alten Monarchie oder dem neuen Österreich. Gerade Bauarbeiter waren oft Zuwanderer, so etwa ein Viertel der

1921 beim Bau des Spullerseeerwerks beschäftigten 940 Arbeiter. Und diesen Arbeitern konnte die Arbeiterbewegung, also auch die Gewerkschaften, Heimat bieten. Arbeiter konnten sich so Bildung aneignen und auch eine eigenständige und klar ausgeprägte Werthaltung annehmen, innerhalb welcher etwa dem Begriff "Solidarität" eine zentrale Bedeutung zukam und die der Schaffung einer Gesellschaft verpflichtet war, welche die Würde jedes Menschen schützen sollte, auch die des Armen, gleich welcher Nation. Wie ernsthaft dieses Wertsystem war, mag auch der Leitspruch des Arbeiterabstinentenbundes verdeutlichen: "Ein denkender Arbeiter trinkt nicht, und ein trinkender Arbeiter denkt nicht." Jedenfalls konnten Arbeiter innerhalb der Arbeiterbewegung und der Arbeiterbewegungskultur Selbstvertrauen entwickeln und sich so daran machen, in diesem Vorarlberg den ihnen zustehenden gesellschaftlichen Respekt einzufordern. Wie lang der Weg dorthin war, zeigt allein die Tatsache, daß damals auf Grund des dort noch gültigen "Heimatrechts" Arme, also auch ausgesteuerte Arbeitslose, in ihre sogenannten Heimatgemeinden abgeschoben werden konnten und in der Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre auch wurden, selbst wenn sie diese Heimatgemeinde schon viele Jahre oder gar Jahrzehnte nicht mehr gesehen hatten.

Ein Überblick

Die Jahre, von denen hier die Rede ist, waren so bewegte, wie sie dieser Raum des heutigen Bundeslandes Vorarlberg schon lange nicht mehr erlebt hatte. Einmal brach im schrecklichen Ersten Weltkrieg das Vertrauen der meisten Menschen in die Habsburger-Monarchie zusammen und damit auch die Monarchie selbst. Am 12. November 1918 riefen vor allem jene Männer die Republik aus, welche schon lange für eine demokratische Erneuerung der Monarchie gekämpft hatten, jedoch gegen den Starrsinn des vorherrschenden Adels- und Militärregimes und sein Streben nach Machterhaltung nicht ankamen. Es waren die Sozialdemokraten und Teile der Christlichsozialen, welche die Republik begründeten und schon gleich gegen Versuche zu verteidigen hatten, sie gewaltsam in einen sozialistischen Staat nach Vorbild des damaligen revolutionären Rußland umzuwandeln oder andererseits wieder die Monarchie zu restaurieren. Dabei wollten auch die Sozialdemokraten eine sozialistische Gesellschaft aufbauen - nur

eben nicht gewaltsam, sondern mittels demokratischer Überzeugungsarbeit.

Doch war diese Nachkriegszeit noch viel unsicherer, als es bisher erscheint: Nichts war sicher, weder die Staatsgrenzen noch die Existenz des unabhängigen Österreich selbst. Die Begründer der jungen Republik wollten, daß sie Teil des demokratischen Deutschland würde, das jedoch verhinderten die Siegermächte in den Friedensverträgen. In Vorarlberg - das sich im Herbst 1918 von Tirol endgültig löste und sich als eigenständiges Bundesland begründete - war die Bevölkerung gespalten. Dabei zog die Mehrheit die sichere und wirtschaftlich stabile Schweiz einem unsicheren Anschluß an Deutschland bzw. einer unabsehbaren Risiken in sich bergenden Zugehörigkeit zur neuen Republik Österreich vor. Die wirtschaftlich Mächtigen allerdings hatten sich anders festgelegt und behielten das auch bis zur Realisierung im März 1938 bei: Sie wollten zu Deutschland.

Auch ökonomisch und sozial herrschte während der meisten dieser Jahre Katastrophenstimmung vor. Gleich nach Kriegsende 1918 gab es Hunger, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot. Doch damals wurde auch von der sozialdemokratisch-christlichsozialen Koalitionsregierung das große Sozialrechtswerk begründet, welches mit dazu beitrug, langfristig die Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft maßgeblich zu verbessern: Achtstundentag, Arbeiterurlaub, Gesetz über kollektive Arbeitsverträge, Mutterschutz, Betriebsrätegesetz und viele weitere wesentliche Gesetze. Nicht in Kraft gesetzt wurde jedoch das 1927 vom Parlament verabschiedete Gesetz über die Alters- und Invalidenversicherung für Arbeiter - während die Altersversicherung für Angestellte seit 1926 eingeführt war.

Eingangs der zwanziger Jahre kam die große Inflation, welche alles Geldvermögen vernichtete, das nicht in ausländische Währungen und Warenwerte geflohen war. Vor allem aber traf sie die arbeitenden Menschen, deren Löhne langsamer und geringer stiegen und denen die Preise beständig davonliefen. Es folgten die harten Jahre der wirtschaftlichen Sanierung Österreichs, die Zeit eines rigorosen Sparprogramms des Staates, der Länder und Gemeinden, des Stellenabbaus im öffentlichen Dienst, eingeschränkter Investitionstätigkeit. Mit der Einführung des Schillings 1924 beginnen einige wenige Jahre wirtschaftlichen Aufschwungs, bis dann ab 1930 die große Wirtschaftskrise auch Österreich erfaßt und sich verbindet mit jener großen politischen Krise, deren Wurzeln zurückreichen bis in den Beginn der Republik und noch weiter, und die dann beide gemeinsam münden in den Austrofaschismus und in den Nationalsozialismus.

Aufruf!

An die gesamte Arbeiter- und Angestelltenchaft von Bludenz, Loricus und Umgebung!

6 Jahre sind verflossen und wieder ist der Tag da, wo das Menschenmorden aufgehört hat und die Republik geboren wurde; die Republik, wo Elend und Not sich von Tag zu Tag erhöht, getrieben durch die bürgerlichen Parteien, um der Republik den Todesstoß zu verfehen. Darum Arbeiter heraus zum Schutze unserer Republik; zeigt in Waffen am 12. November bei unserer Demonstration, daß ihr für die Republik seit.

Sammlung vor dem Bahnhof um 9 Uhr vormittags; Demonstrationzug durch die Stadt im geschlossenem Zuge zur

Hauptversammlung

auf dem Riedmillerplatz um 10 Uhr vormittags.

Tagesordnung: 6 Jahre Republik.

Sammlung der Alfenz-, M- und Zementwerks-Arbeiter vor dem Gasthause Wurtscher in Brunnenfeld. Abmarsch um halb 9 Uhr nach Bludenz.

Die vereinigten Betriebsräte des Alfenz- M- und Zementwerkes.

Der Obmann des Alfenzwerkes:

Anton Furch.

Der Obmann der Mregulierung:

Riedl.

Der Schriftführer:

Johann Häring.

Vertheilung d. Druckes. Bludenz

"Darum Arbeiter heraus zum Schutze unserer Republik ..."
Demonstrationsaufruf aus Bludenz, 1924

Das Grundvertrauen in die gemeinsame Republik Österreich war schon zu Beginn nicht bei allen Bevölkerungsschichten vorhanden und insgesamt nicht besonders stark gewesen. Österreich zerfiel in drei große Lager: das sozialdemokratische, das christlichsoziale und das deutschnationale. Diese drei Lager hatten zwar unterschiedliche Berührungspunkte, und es gab in einzelnen Fragen auch kurzfristige Verständigung, prinzipiell jedoch standen sie sich gegenüber. Das waren nicht nur politische Bewegungen, Parteien, sondern das war ein ganzes Geflecht verschiedenster Organisationen. "Rot", "schwarz" oder "national", das waren Lebenshaltungen, das bestimmte das gesamte Leben jedes einzelnen - von den Kinderorganisationen über die Sport- bzw. Kulturvereine bis hin zur Bestattung. Selbstverständlich war auch die Gewerkschaftsbewegung weltanschaulich gespalten in die sozialistischen Freien Gewerkschaften, die Christlichen Gewerkschaften und - hauptsächlich im Handel und bei den Angestellten - die Nationalen Gewerkschaften. In Vorarlberg dominierten von Anfang an die Christlichsozialen: das Land war katholisch und konservativ. Bei den Landtagswahlen erreichte diese Partei zwischen 63,8 Prozent (1919) und 56,7 Prozent (1932). Die Sozialdemokratie konnte zwischen 21,3 Prozent der Wähler (1928) und 15,6 Prozent (1932) für sich gewinnen. Das deutschnationale Lager zerfiel zumeist in zwei oder mehr Parteien. Bedeutsam ist, daß bei den letzten Landtagswahlen 1932 die NSDAP 10,5 Prozent erreichte. Innerhalb der Arbeiterbewegung selbst waren die Freien Gewerkschaften österreichweit deutlich stärker als die christlichen. In Vorarlberg allerdings waren ab Ende der zwanziger Jahre die Christgewerkschafter zahlenmäßig etwas stärker, in der 1920 begründeten Kammer für Arbeiter und Angestellte in Feldkirch konnten nach den Wahlen von 1921 die Freigewerkschafter mit insgesamt fast 56 Prozent der Wählerstimmen mit dem Eisenbahner Wilhelm Sieß den Präsidenten stellen. Obwohl die Freien Gewerkschaften bei den nächsten und letzten Arbeiterkammerwahlen 1926 die absolute Mehrheit der Stimmen verloren und es bei den Mandaten einen Gleichstand zwischen 20 Freigewerkschaftern auf der einen Seite sowie 16 Christgewerkschaftern und 4 Deutschen Gewerkschaftern auf der anderen Seite gab, wurde schließlich Wilhelm Sieß als Präsident wiedergewählt. Dann mußte die Funktionsperiode wegen Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit verlängert werden, denn Wahlen erschienen den Delegierten unverantwortlich teuer. 1934 schließlich wurden die unabhängigen Gewerkschaften verboten und die Arbeiterkammern in die austrofaschistische Diktatur eingegliedert.

Denn die politische und weltanschauliche Auseinandersetzung wurde nicht nur mit demokratischen Mitteln ausgetragen. Schon bald nach dem Kriegsende 1918 rüsteten die Christlichsozialen und die Deutschnationalen gemeinsam eine schwerbewaffnete Heimwehrtruppe auf, die bald den Namen Vorarlberger Heimatdienst bekam. Sie wurde vorwiegend von der Industrie finanziert, und ihre Aufgabe war die Einschüchterung der Sozialdemokratie und die Erringung und Sicherung der Kontrolle über die Arbeiterbewegung bis hin zur Beseitigung der Demokratie westlicher Prägung und der Errichtung von dem, was diese Leute als "wahre Demokratie" bezeichneten und schließlich nichts anderes war als eine Gewalt-herrschaft. Dem versuchten die Sozialdemokraten den Republikanischen Schutzbund entgegenzustellen - der in Vorarlberg praktisch nicht bewaffnet war und kein ernstzunehmendes Gegengewicht bildete. Aber auch österreichweit konnte er nicht verhindern, daß die christlichsoziale Regierung Dollfuß im März 1933 das Parlament ausschaltete und den Weg in den österreichischen Faschismus beschritt - tatkräftig unterstützt durch Vorarlberger Politiker, u.a. durch den damaligen Landeshauptmann Otto Ender, welcher als Verfassungsminister nach der Niederschlagung der sozialdemokratischen Erhebung im Februar 1934 die Diktatur mitrug, und den nachmaligen Landeshauptmann Ulrich Ilg, 1934 Staatssekretär für Landwirtschaft.

Die Gewerkschaften der Bau- und Holzarbeiter

In Vorarlberg war die Gewerkschaftsbewegung mit Ausnahme der ersten Jahre nach dem Ersten Weltkrieg insgesamt sehr schwach und wurde immer schwächer. Und das, obwohl Vorarlberg mit Wien das höchstindustrialisierte Bundesland Österreichs war. Industrie und Gewerbe bestimmten das Wirtschaftsleben, die Hälfte aller Berufstätigen waren ArbeiterInnen, nur etwa 10 Prozent waren Angestellte und etwa 25 Prozent waren Selbständige. In Vorarlberg dominierte die Textilindustrie. 1930 etwa beschäftigten Textilindustrie und Bekleidungs-gewerbe zusammen etwa 16.000 Menschen, das Baugewerbe 3.668 und die Holzbearbeitung 2.143.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad war insgesamt recht nieder, vor allem ging er im Laufe der Jahre zurück: 1922 hatten die Gewerkschaften insgesamt etwa 17.000 Mitglieder - etwa ein Viertel aller Beschäftigten und zusammen weniger als die Hälfte der ArbeiterInnen waren gewerkschaftlich organisiert. 1925 waren dann nur noch circa 12.500 Arbeitneh-

mer gewerkschaftlich organisiert, bis 1932 halbierten sich die Mitgliederzahlen nochmals auf 6.483. dabei waren ab Mitte der zwanziger Jahre die Christlichen Gewerkschaften geringfügig mitgliederstärker als die Freien Gewerkschaften.

Die Freien Gewerkschaften sind - weil österreichweit die weitaus bedeutendere Gewerkschaftsbewegung - besser dokumentiert als die Christlichen Gewerkschaften. So sind für Vorarlberg nur die Mitgliederzahlen der sich bis 1923 durch Zusammenschlüsse kleinerer Einzelgewerkschaften bildenden Österreichischen Baugewerkschaft und des ebenfalls aus Zusammenschlüssen entstandenen Verbandes der Holzarbeiter bekannt, nicht jedoch die des Verbandes der christlichen Bauarbeiter Österreichs oder einer christlichen Holzarbeitergewerkschaft. Die christlichen Bau- und Holzarbeiter wurden auch weniger durch entsprechende Einzelgewerkschaften vertreten, sondern vielmehr durch das Landeskartell der Christlichen Gewerkschaften. Die Entwicklung des Mitgliederstandes der beiden Freien Gewerkschaften zeigt folgendes:

	Österreichische Baugewerkschaft	Verband der Holzarbeiter
1923	1.240	47
1924	1.377	44
1925	1.016	26
1926	902	10
1927	753	39
1928	784	34
1929	874	-
1930	762	14
1931	208	5
1932	106	4

Die Holzarbeiter waren also kaum gewerkschaftlich organisiert, im Jahre 1928 etwa waren mehr als 1.000 Holzarbeiter bei der Unfallversicherung angemeldet, ihre Zahl sank dann in der Wirtschaftskrise ab bis auf ungefähr 600 im Jahre 1933 - bei der Freien Holzarbeitergewerkschaft war fast niemand, und Mitgliederzahlen einer christlichen Holzarbeitergewerkschaft sind nicht bekannt. Auch der Organisationsgrad der Bauarbeiter war nicht besonders hoch, wies die Unfallversicherung doch für 1929 einen Höchststand von 7.534 Bauarbeitern aus - 1933 waren es dann nur noch 3.529 unfallversicherte Bauarbeiter. An diesem Rückgang der Beschäftigungszahlen war einmal die Wirtschaftskrise schuld und dann vor allem aber die

Tatsache, daß 1930/31 die erste Stufe des Ausbaus der Wasserkraftwerke (Spullersee, Illwerke) abgeschlossen war.

Denn damals wurden nicht nur die wesentlichen Straßen durch Pflasterung staubfrei gemacht, neue Straßen gebaut und bestehende erweitert, wurden nicht nur Wohnhäuser gebaut - kaum Mietwohnungen übrigens, denn die Öffentliche Hand wollte aus ideologischen Gründen nicht so recht - oder Wasserleitungen, Fabriksanlagen usw., wurde nicht nur beginnend mit der Arlbergstrecke die Bahn elektrifiziert, sondern es war überhaupt die Zeit des Ausbaus der Wasserkraft: Vor allem das Spullerseewerk und die erste Stufe der Illwerke (Vermuntsee) sind hier zu erwähnen. Denn diese Großbaustellen bildeten eine Welt für sich. Dort lebten und arbeiteten unter extremen Bedingungen bis zu 2.000 Arbeiter.

Wenn die Österreichische Baugewerkschaft neben der Textilarbeitergewerkschaft die einzige Spartengewerkschaft war, welche einen eigenen Gewerkschaftssekretär - in zeitlicher Reihenfolge: Liebreich Grill, Anton Pichler, Josef Schoder (nach 1945 sozialistischer Landtagsabgeordneter und Landesrat) - beschäftigte, dann hing das ganz wesentlich mit diesen



*Arbeiter Betriebsrat Spullerseewerk 1924-25.
Arbeiter-Betriebsrat Spullerseewerk, 1924/25
2. Reihe, 5.v.l.: der nachmalige Gewerkschaftssekretär Josef Schoder,
7.v.l.: Karl Würbel, dann auch Betriebsrat beim Illwerke-Bau*

Großbaustellen zusammen. Ein einflußreicher Betriebsrat war der Schrunser Bauarbeiter Karl Würbel, nach 1945 dann sozialistischer Landtagsabgeordneter. Und der Gewerkschaftsbewegung stellten sich große Aufgaben:

* Die Arbeit war ausgesprochen gefährlich. So berichtete der Gewerbeinspektor über die Jahre 1928/29, daß 80 Prozent aller Arbeitsunfälle Bauunfälle waren. Und der Bericht über das Jahr 1925 zeigt, daß neun der zehn bei Arbeitsunfällen umgekommenen Männer ihren Unfall im Zusammenhang mit Bau- oder Holzarbeiten hatten. Folgende tödliche Arbeitsunfälle ereigneten sich 1927:

"1 Holzarbeiter wurde beim Holzriesen von einem fehlgehenden Stamme über eine Felswand in den Fluß geschleudert und ertrank. - Bei einem Brückenbau stürzten mit einem vom Treibholz weggerissenen Gerüst 5 Arbeiter in den hochgehenden Fluß, wobei 2 ertranken und 3 leicht verletzt wurden. - 1 Fuhrmann eines Baugeschäftes geriet beim Aufhalten der scheuenden Pferde unter den beladenen Wagen und wurde erdrückt. - Beim Aufstellen eines Gerüsts stürzten 2 Dachdeckerlehrlinge mangels jeder Sicherung vom Dach und blieben tot liegen. - 1 Pferdeknecht eines Fuhrhalters ertrank beim Pferdeschwemmen im Bodensee."

Auch gerieten verunfallte oder erkrankte Arbeiter und deren Familien leicht in Not. So enthielt der bei den Kraftwerksbauten 1929 abgeschlossene Kollektivvertrag folgende Bestimmungen: In der ersten Woche wurde gar kein Krankengeld bezahlt, in der zweiten und dritten Krankheitswoche die Hälfte des Wochenlohns, innerhalb von vier Monaten insgesamt jedoch nicht mehr als ein Wochenlohn.

* Die Entlohnung blieb unbefriedigend, wenn auch auf dem Bau besser verdient wurde als in der Textilindustrie. Der Stundenlohn eines Hilfsarbeiters lag unter einem Schilling, der Wochenlohn lag meist unter 50 Schilling. Spezialisten, Vorarbeiter usw. verdienten bis zu 80 Schilling in der Woche. Natürlich wurde die anspruchsvolle und gefährliche Arbeit im Hochgebirge besser bezahlt: Ein Arbeiter konnte auf der Großbaustelle Vermunt 1928 mehr als 70 Schilling in der Woche verdienen. Der Vorarlberger Durchschnittslohn lag damals bei etwas über 50 Schilling. Wenn man allerdings bedenkt, daß die monatlichen Lebenshaltungskosten für eine fünfköpfige Familie mit 300 bis 500 Schilling angenommen wurden, sieht man erst, daß auch die Familie eines Vorarbeiters noch in bedrückenden Verhältnissen lebte, wenn nicht weitere Familienmitglieder ein Einkommen hatten. Gänzlich elend war die Situation der Arbeitslosen, denn eine fünfköpfige Familie

konnte maximal mit 240 Schilling Arbeitslosengeld rechnen, eher bekam sie weniger, denn die Sätze wurden ständig gekürzt: Und fast jeder Bauarbeiter war im Winter ohne Arbeit. Im Jänner 1931 waren etwa 3.722 arbeitslose Bauarbeiter gemeldet, im Sommer waren es immer noch 2.000 - die Kraftwerksbauten waren abgeschlossen und die Wirtschaftskrise hatte auch Vorarlberg erfaßt.

* Die Arbeitszeitbestimmungen mußten erkämpft werden. Zwar galt auch für das Baugewerbe das Gesetz über den achtstündigen Arbeitstag, doch enthielt schon dieses Gesetz aus dem Jahre 1919 zahlreiche Ausnahmeregelungen. So war es etwa im Baugewerbe möglich, mittels Kollektivvertrag in der Bausaison eine wöchentliche Arbeitszeit von bis zu 58 Stunden zu vereinbaren. Ein weiteres Konfliktfeld war damit abgesteckt: Was sind Überstunden? Wann werden sie bezahlt? Die Antworten auf diese Fragen hingen ganz wesentlich mit der gewerkschaftlichen Schlagkraft zusammen. 1927 galt für die beim Bau der Illkraftwerke beschäftigten Arbeiter prinzipiell die 48-Stunden-Woche. Witterungsbedingter Arbeitsausfall mußte durch eine zweistündige Verlängerung der täglichen Arbeitszeit eingearbeitet werden, Überstunden wurden jedoch unverzüglich mit 50 bzw. 100 Prozent Zuschlag ausbezahlt. Diese Regelung war Bestandteil des nach einem Streik ausgehandelten Kollektivvertrages. Wesentlich schlechter gestellt waren die Bauarbeiter des Bezirks Bregenz: Dort betrug die wöchentliche Arbeitszeit 52,5 Stunden, und erst am Ende der Bausaison wurden die geleisteten Überstunden gegen die Schlechtwetterstunden verrechnet und wurde eine eventuelle Differenz samt Zuschlägen ausbezahlt. Damit sind wir an einem Punkt angelangt, wo wir uns mit den Arbeitskämpfen dieser Jahre auseinandersetzen müssen und wo wir uns damit vertraut machen müssen, daß Streiks, Demonstrationen und auch Aussperrungen völlig übliche Mittel zur Austragung von Interessensgegensätzen waren.

Bauarbeiter und Holzarbeiter im Arbeitskampf

Die im Vergleich zu den Kraftwerksbaustellen ungünstigeren Bedingungen für die Bauarbeiter im Bezirk Bregenz sind das Resultat eines verunglückten Arbeitskampfes. Denn dort waren die Arbeiter am 23. Juni 1927 in den Streik getreten, um jene Löhne durchzusetzen, welche die Dornbirner Bauarbeiter sich im April ebenfalls in einem Streik erkämpft hatten. Zwei

Tage zuvor hatte am Vormittag eine Versammlung im Gasthof Stern in Bregenz-Vorkloster stattgefunden, nach der 300 Bauarbeiter ins Stadtzentrum marschiert waren und auf dem Kornmarktplatz eine öffentliche Kundgebung abgehalten hatten - vor allem wohl, um das Bürgertum auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen und ihm auch die Macht der Bauarbeiter zu demonstrieren. Doch brachte das keinen Durchbruch in den Verhandlungen, und so war in einer neuerlichen Versammlung der Streik beschlossen worden. Der Streik wurde zunächst nur mangelhaft befolgt und an einer weiteren Demonstration in der Bregenzer Innenstadt beteiligten sich gerade 60 Arbeiter. Dann allerdings griffen die Streikmaßnahmen, mit den 350 im Ausstand befindlichen Bauarbeitern solidarisierten sich auch etwa 60 Maler und eine unbekannte Zahl an Holzarbeitern. Es gab nur wenige Streikbrecher, die unter Gendarmerieschutz weiterarbeiteten. Der Streik endete nach fast einem Monat so: Die Landesgewerkschaftskommission der Freien Gewerkschaften hatte mit den Arbeitgebern einen Kompromiß ausgehandelt, der dann am 9. Juli von den Streikenden in einer schriftlichen Abstimmung verworfen wurde. Daraufhin traten die Christlichen Gewerkschaften in eigene Verhandlungen ein und schlossen diese auch mit einem Kollektivvertrag ab. Die Streikfront bröckelte zunehmend, und so blieb den Bauarbeitern nichts anderes über, als am 20. Juli wieder die Arbeit aufzunehmen und diesem Kollektivvertrag beizutreten.

Dieser Streik und zahlreiche weitere belegen ganz deutlich, wie wesentlich der Zusammenhalt, das geschlossene Auftreten der Arbeiterschaft war. Denn die staatliche Gewalt - die Gendarmerie - oder auch die paramilitärischen Verbände der Heimwehren standen immer den Unternehmern zur Seite und versuchten, Streikbrechern die Arbeit zu ermöglichen und die Streikposten einzuschüchtern. Wurde etwa die "Sperrung" als gewerkschaftliche Kampfmaßnahme über einen Betrieb verhängt und in den Zeitungen der Arbeiterschaft (in der "Vorarlberger Wacht" oder etwa in der "Arbeiterzeitung") veröffentlicht, dann war diese Maßnahme nur erfolgreich, wenn wirklich niemand dort die eventuell durch Aussperrung/Kündigung freigewordenen Stellen annahm - auch wenn es sonst kaum Arbeitsplätze gab. Streiks bedeuteten gravierende materielle Einbußen für die Streikenden. Zwar gab es ein geringes Streikgeld von ungefähr einem Schilling am Tag - das war zumeist etwas mehr als der Stundenlohn, der als Mitgliedsbeitrag pro Woche einkassiert wurde - und auf den Großbaustellen organisierte die Gewerkschaft auch die Verpflegung, doch zum einen konnte niemand von der Unterstützung leben und zum anderen waren die Streikkassen der

Einzelgewerkschaften recht bald leer. Den längsten Streik in Vorarlberg hielten die Metallarbeiter der Dornbirner Rüscherwerke im Sommer/Herbst 1924 durch: Erst nach drei Monaten hatten sie einen guten Teil der geforderten Verbesserungen errungen. Sie waren während dieser Monate durch landesweite Sammlungen unter der Arbeiterschaft und durch Solidaritätsaktionen unterstützt worden.

Wie der gescheiterte Bregenzer Streik aus dem Jahre 1927 zeigt, schwächte die Spaltung in politische Richtungsgewerkschaften die Durchsetzungskraft der Bauarbeiter. Das wußten die Gewerkschaftsfunktionäre schon länger, und sie waren deshalb daran interessiert, eine möglichst einheitliche und möglichst geschlossene Organisation der Bauarbeiterschaft durchzusetzen. Das scheint der Freien Baugewerkschaft beim Bau des Spullersee-Kraftwerks im Klostertal Mitte der zwanziger Jahre gelungen zu sein. Die sozialdemokratische Tageszeitung "Vorarlberger Wacht" berichtete am 26. Juni 1926 über eine Kundgebung in Bludenz gegen eine Verschlechterung bei der Arbeitslosenversicherung und für die Einführung der Arbeiteraltersversicherung:

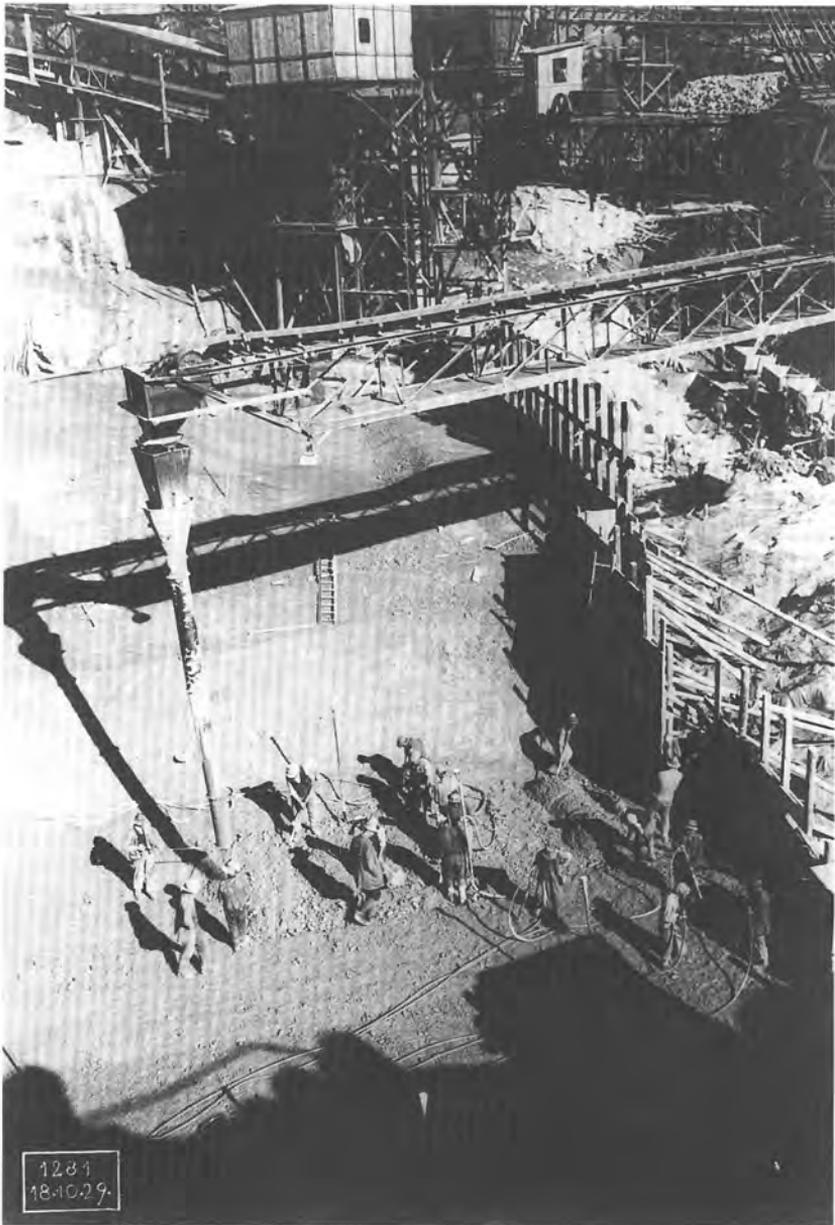
"Nach den Ausführungen des Abgeordneten Sieß ... folgte ein Beifallsturm, wie ihn dieser Platz noch nicht erlebt hatte. Nun sollte die Versammlung beendet werden, doch was war das, plötzlich leuchteten rote Fahnen und wuchtiger Marschtritt klingt die Straße herauf. Es sind die Spullerseearbeiter, die die Arbeit frühzeitig beendet haben, vom Berg herunter ins Tal stiegen und mit einem Sonderzug unerwartet nach Bludenz kamen. Alle sind sie gekommen, nur sechs Mann, die im Interesse des Betriebes zurückbleiben mußten, fehlten. Welche Opferwilligkeit, welche Kampfbereitschaft spricht doch aus solcher Tat!"

Die politischen Richtungsgewerkschaften waren nicht nur Teil der Gewerkschaftsbewegung, sondern gleichermaßen Teil der politischen Lager, der sie zugehörten. Deshalb ging es beim Werben von Mitgliedern, beim Abdrängen der Konkurrenzgewerkschaft immer auch um den übergeordneten Kampf, um die politische Vormacht in Land und Staat. Da dieser Kampf mit immer härteren Mitteln ausgetragen wurde, griff man auch beim Ringen um gewerkschaftlichen Einfluß nicht nur zu demokratisch einwandfreien Mitteln, sondern es gab auch durchaus handgreifliche Auseinandersetzungen - vor allem, als es bei den Illwerke-Bauten um das Vertretungsmonopol der Freien Baugewerkschaft ging.

Die wirtschaftliche Situation war insgesamt nie zufriedenstellend, und der zu verteilende Kuchen war immer zu klein, sodaß die Verteilungs-



Bauarbeiter am Spullersee und das Barackenlager im April 1922



Betonierarbeiten Staumauer Vermunt, 1929

kämpfe umso härter waren. Ab 1925 streikten jedoch nur noch Bauarbeiter und - selten - die Eisenbahner. Denn ansonsten hatten sich die Unternehmer durchgesetzt. Und auch die Bauarbeiterstreiks beschränkten sich nach dem bereits erwähnten gescheiterten Streik der Bregenzer Bauarbeiter im Sommer 1927 auf die Großbaustellen im Gebirge, wo es viel leichter war, die Arbeiterschaft geschlossen zu organisieren. Wie groß selbst da die Schwierigkeiten waren, zeigt die Tatsache, daß 1928 kein Arbeitskampf ausgetragen werden konnte, weil gerade ein Drittel der Arbeiter Gewerkschaftsmitglieder waren. Erst 1929 kam es zum letzten großen Arbeitskampf in Vorarlberg, welcher wiederum bei den Großbaustellen der Illwerke am 2. Juli ausgerufen wurde, nachdem Lohnverhandlungen sich ergebnislos schon seit Mitte März hingezogen hatten. Diesmal fanden die Arbeiter sogar Rückhalt beim Vorarlberger Landtag und bei führenden Landespolitikern, die über den Landesanteil von fünf Prozent an den Illwerkeaktien - den Großteil besaßen deutsche Elektrizitätsgesellschaften - eigentlich Eigentümerversreter waren und dennoch feststellten, die Bauarbeiterlöhne stimmten mit den Lebenshaltungskosten nicht überein und die Lohnverhandlungen seien am Starrsinn der Bauunternehmer gescheitert. Am 24. Juli endete dieser Ausstand mit einem in Einigungsverhandlungen unter dem Vorsitz des Vorarlberger Landeshauptmanns ausgehandelten Kompromiß. Und das war der letzte Bauarbeiterstreik. Die erste Ausbaustufe der Illwerke ging ihrer Vollendung entgegen, die Wirtschaftskrise erfaßte Vorarlberg mit voller Härte, die Gewerkschaften wurden praktisch bedeutungslos.

Arbeiter im Austrofaschismus (1933/34-1938) und im Nationalsozialismus (1938-1945)

Im März 1933 schaltete die christlichsoziale Regierung unter Bundeskanzler Engelbert Dollfuß das Parlament aus, und im Februar 1934 schlug sie den verzweifelten Aufstand der Sozialdemokratie nieder: Die austrofaschistische Diktatur hatte sich etabliert. Sie nannte sich selbst "christlich" und den Staat einen "Bundesstaat", und einen "Ständestaat" wollte sie schaffen - letztlich war es aber nichts anderes als eine Diktatur, die sich politisch zunächst an Mussolinis Italien anlehnte und dabei immer mehr den deutschen Nationalsozialismus kopierte, mit dem sie dann ab 1936 immer enger zusammenarbeitete. Nur hieß es eben hier "Heil Dollfuß" bzw. nach dessen Ermordung

durch Nationalsozialisten "Heil Schuschnigg" und nicht "Heil Hitler". Die Freien Gewerkschaften waren verboten, ihr Vermögen wurde konfisziert, anfangs März 1934 wurde die "Einheitsgewerkschaft" gegründet, welche "im Geiste des Christentums, der sozialen Gerechtigkeit und der Liebe zum Vaterlande den Arbeitern und Angestellten eine wirksame Interessensvertretung sichern und ihre Eingliederung in den berufsständischen Aufbau der Gesellschaft vorbereiten sollte." Dieser verordneten Gewerkschaft fehlte weitgehend der Rückhalt in der Arbeiterschaft, und sie vermochte nicht, der Verschlechterung der Arbeits- und Lohnbedingungen Einhalt zu gebieten. Dennoch gehörten etliche Christgewerkschafter innerhalb dieser Einheitsgewerkschaft zu den vehementen Kritikern dieses Systems und seiner Mißachtung der Interessen der Arbeiterschaft. Bei den Vertrauensmännerwahlen des Jahres 1936 schienen auf Druck der Belegschaften einzelner Firmen auf den einheitlichen Kandidatenlisten sogar Mitglieder der illegalen Freien Gewerkschaften auf, die dann auch prompt gewählt wurden.

Der politische Gegner wurde verfolgt, jedoch war dieses Regime längst nicht so mörderisch wie das der Nationalsozialisten. Nur zur Zeit der Februarkämpfe und knapp danach wurden politische Gegner - zum Teil auch durch ausgesprochene Rachejustiz - getötet. In den Jahren danach verloren illegale Sozialdemokraten und Kommunisten, wenn ihre Tätigkeit bekannt wurde, ihren Arbeitsplatz, sie wurden schikaniert und manche auch ins Gefängnis gesteckt. Doch so mörderisch wie die folgende nationalsozialistische Schreckensherrschaft war weder dieses System noch der italienische Faschismus.

Der Beginn des nationalsozialistischen Systems in Österreich nach dem sogenannten "Anschluß" vom März 1938 brachte kurzfristig einen gewaltigen Beschäftigungsschub mit sich - Deutschland rüstete auf. Was dann im weiteren von dieser in letzter Zeit als "ordentliche Beschäftigungspolitik" bezeichneten Arbeitsbeschaffung zu halten ist, sei hier nur kurz angerissen: "Deutsches Leben heißt Arbeit" war ein Schlagwort, und diese Arbeit war Zwangsarbeit. Der Ton in den Betrieben wurde immer militärischer, der Chef wandelte sich zum "Betriebsführer", das gesamte Leben der Arbeiter versuchte die "Deutsche Arbeitsfront" (DAF) zu regeln. Nur noch "der Schlaf (sei)-Privatsache", "die Zeit, wo jeder tun und lassen konnte, was er wollte, (sei) vorbei", meinte etwa 1938 Robert Ley, der oberste Chef der DAF. Die Löhne schrumpften, und die Abzüge stiegen, dafür wurde die Arbeitszeit ausgedehnt und der terroristische Druck auf die Arbeiterschaft



*"Wer kann uns aushungern" – Parole der Streikenden beim letzten Bauarbeiterstreik in der Silvretta, 1929.
Bei der zweiten Ausbaustufe der Illwerke während der NS-Zeit dann Zwangsarbeiter unter militärischer Bewachung.*

vor allem mit Kriegsbeginn erhöht. Arbeitsverweigerung wurde mit Gefängnis bestraft oder mit der Einweisung in das gefürchtete "Arbeitserziehungslager" Reichenau bei Innsbruck. "Die Soldaten der Arbeit" arbeiteten "für den Sieg" - hungernd, frierend, todmüde. Immer mehr nahmen Frauen und Alte die Stellen der jungen Männer ein, die hatten "für den Sieg" zu kämpfen. Auch aus fernen Ländern verschleppte Zwangsarbeiter ersetzen die Soldaten, u.a. bei der Errichtung der zweiten Ausbaustufe der Illwerke, dem Obervermuntwerk und dem Silvrettasee. 90 Prozent der bis zu 5.000 Arbeiter dort waren nun sogenannte Fremdarbeiter und Kriegsgefangene - ausgenutzt, von bewaffneten Wachen zur Arbeit gezwungen und bis heute dafür nicht entschädigt... Wer von den Einheimischen ihnen menschlich begegnete, hatte mit brutaler Strafe zu rechnen. Insgesamt wurden etwa 40 Vorarlberger Arbeiterinnen und Arbeiter von diesem Verbrechersystem hingerichtet oder in einem Konzentrationslager zu Tode gebracht. Johann August Malin aus Satteins etwa, der als Bauarbeiter am Bau des Spullerseewerks gearbeitet hatte, wurde wegen politischen Widerstands 1942 in München-Stadelheim hingerichtet. Der Mechaniker Johann Seewald aus Hohenems arbeitete als Facharbeiter beim Bau des Obervermuntwerkes und gab sich 1943 in Äußerungen immer mehr als Gegner des Systems zu erkennen. Auch mit ihm wurde kurzer Prozeß gemacht, und er wurde am 11. Mai 1944 gleichfalls in München-Stadelheim hingerichtet. Daran und an die vielen Opfer des sinnlosen Krieges sollte man denken, wenn man wieder einmal jemanden die "ordentliche Beschäftigungspolitik" der Nazis loben hört.

Literaturhinweise
(Auswahl)

Besonders verweisen möchte ich in diesem Zusammenhang auf die Forschungsarbeiten der Johann August Malin-Gesellschaft, so auf die Aufsätze - insbesondere auf den von Meinrad Pichler - im Sammelband von Kurt Greussing (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946, Bregenz 1984.

Weitere Bücher zum Thema:

Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und "Führer". Vorarlberg im Umbruch 1918-1938, Bregenz 1986.

Johann August Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945, Bregenz 1985.

Pichler, Meinrad und Walser, Harald: Die Wacht am Rhein. Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit, Bregenz 1988.

Walser, Harald: Bombengeschäfte. Vorarlbergs Wirtschaft in der NS-Zeit, Bregenz 1989.

Mithilfe beim Wiederaufbau Österreichs - Die Holz- und Bauarbeitergewerkschaft nach 1945

Gewerkschaftlicher Neubeginn: "Wir sind wieder da!"

Die Vertreter der Bau- und Holzarbeiter spielten bei der Errichtung der neuen Gewerkschaftsbewegung im befreiten Österreich eine führende Rolle. Während die letzten Kampfhandlungen in Wien noch andauerten, trafen sich am 11. April 1945 in der Wohnung von Josef Battisti - er blieb bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1963 Obmann bzw. Landessekretär der Wiener Organisation - Johann Böhm, Anton Vitzthum und Franz Pfeffer, um die Wiedererrichtung der Gewerkschaften in die Wege zu leiten. Zwei Tage später machte sich Battisti auf den Weg zur Schottenfeldgasse 24. Unter dem Arm trug er eine selbstgefertigte Tafel mit der Aufschrift: "Dieses Haus ist Eigentum der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter und



Ende der NS-Herrschaft: Schutträumaktion in Bregenz, 1945

steht unter dem Schutz der österreichischen Widerstandsbewegung." 1934 war dieses Haus von den Austrofaschisten beschlagnahmt worden, ab März 1938 residierten hier die Bonzen der "Deutschen Arbeitsfront". Unmittelbar nach der symbolischen Inbesitznahme dieses Gebäudes wurde die neue, "überparteiliche" Gewerkschaftsorganisation mit dem Titel "Österreichischer Gewerkschaftsbund" ins Leben gerufen. In ihr sollten Sozialisten, Christlichsoziale und Kommunisten zusammenarbeiten. Der Grundgedanke war, die Gewerkschaften aus der Bindung an politische Parteien zu lösen, um als Interessensvertretung aller arbeitenden Menschen - ohne auf das politische Couleur zu achten - wirken zu können.

Erster Vorsitzender des neugeschaffenen ÖGB wurde der 1886 als Sohn eines Maurers geborene Bauarbeiter Johann Böhm. Bereits in der Ersten Republik war er Vorsitzender der Baugewerkschaft gewesen. Nach Ende des Weltkrieges spielte er beim Wiederaufbau Österreichs eine maßgebliche Rolle, und als er 1959 starb, erhielt er ein Staatsbegräbnis.

Schon bei einem illegalen Gewerkschaftskongreß hatten sich 1935 in Prag die "Baugewerkschaft" und der "Holzarbeiterverband" zusammengeschlossen. Somit war es 1945 klar, daß eine einheitliche Organisation für alle in der Bau- und Holzwirtschaft beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen geschaffen wurde. Im § 1 der Geschäftsordnung wurde festgelegt: "Die Gewerkschaft führt den Namen 'Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter Österreichs'. Sie ist ein Glied des 'Österreichischen Gewerkschaftsbundes'. Sie hat ihren Sitz in Wien und erstreckt ihre Tätigkeit über das ganze Bundesgebiet der Republik Österreich ... Die Gewerkschaft ist die zuständige Organisation für alle Arbeiter und Lehrlinge beiderlei Geschlechts, die im Hoch- und Tiefbau, in den Baunebenberufen, in der keramischen und Baustoffindustrie sowie in den holzbearbeitenden wie holzverarbeitenden Industrien und Gewerben verwandter Berufe beschäftigt sind."

Als Ziel der gewerkschaftlichen Arbeit wurde definiert:

"Der Gewerkschaftsbund ist in Verfolgung seines Zweckes zu einem kraftvollen Mitwirken am Aufbau Österreichs, zur Bekämpfung des Faschismus und jeder Reaktion, zur Mitarbeit an der Sicherheit des Weltfriedens sowie zum unentwegten Kampf zur Hebung des Lebensstandards der Arbeiterschaft Österreichs berufen."

Nach dem Erhalt des Staatsvertrages 1955 wurde dieser Zielparagraph durch die Verpflichtung zur "Wahrung der Unabhängigkeit und Neutralität unseres Landes" ergänzt.

Durch den Einmarsch der französischen Truppen Anfang Mai 1945 wurde auch in Vorarlberg der nationalsozialistische Machtapparat beseitigt. Damit endete eine siebenjährige Terrorherrschaft, die nicht einmal in Ansätzen eine organisierte gewerkschaftliche Tätigkeit ermöglicht hatte. Für die sozialdemokratischen Gewerkschafter waren seit dem Februar 1934 elf, für die Mitglieder der 1933 verbotenen KPÖ sogar zwölf Jahre vergangen, in denen sie sich nicht öffentlich politisch betätigen durften.

Bereits Ende August 1945 bestanden "Vorbereitende Ausschüsse" zur Gründung des Gewerkschaftsbundes, jedoch die Wiederezulassung der Gewerkschaften durch die französischen Militärbehörden ließ auf sich warten. Sie erfolgte erst mit Dekret vom 17. September 1945. An diesem Tag beschloß der Alliierte Rat, den drei Parteien SPÖ, ÖVP und KPÖ die volle Freiheit der politischen Betätigung in ganz Österreich zu gestatten. In der französischen Zone durften sich jetzt auch die Gewerkschaften neu formieren. Die provisorische Landesexekutive des ÖGB, an deren Spitze mit Hans Ciresa ein Bau- und Holzarbeitergewerkschafter stand, konnte sich deshalb erst am 29. September 1945 konstituieren. Vorarlberg hinkte daher den übrigen Bundesländer in der gewerkschaftlichen Organisation nach.

Auf Landesebene und in den Bezirks- und Ortsausschüssen arbeiteten Vertreter der demokratischen Parteien - der SPÖ, ÖVP und KPÖ - zunächst mit der "Österreichischen demokratischen Widerstandsbewegung" eng zusammen. Auch die Wiedererrichtung der Kammer für Arbeiter und Angestellte führte zu einer besseren Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer.

Trotz intensiver Werbung waren Ende des Jahres 1945 von den rund 22.000 Beschäftigten in Vorarlberg nur 3.872 gewerkschaftlich organisiert, davon 400 in der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft, der Sektion V des ÖGB. Diese Zahlen stiegen im folgenden Jahr rasch an: Am 31. Dezember 1946 zählte der ÖGB bereits 19.279 Mitglieder und erreichte damit einen Organisationsgrad von circa 50 Prozent. Auch die Bau- und Holzarbeitergewerkschaft legte enorm zu. Von den rund 4.000 Beschäftigten (ungefähr 1.500 in der Holzverarbeitung, 2.500 in der Bauwirtschaft) waren bei Jahresende 1946 1.604 zahlende Gewerkschaftsmitglieder.

Im Gegensatz zu anderen Fachgewerkschaften erhielten die Bau- und Holzarbeiter in Bludenz 1945 rasch benützbare Räumlichkeiten, und diese Sektion konnte deshalb auch sehr bald eine geordnete Beitragseinhebung mit dem hiezu nötigen Markenmaterial durchführen.

Entwicklung des Mitgliederstandes der Gewerkschaft Bau-Holz in Vorarlberg

31.12.	1945	400	31.12.	1969	2234
	1946	1604		1970	2528
	1947	2302		1971	3210
	1948	3138		1972	4333
	1949	2142		1973	4744
	1950	1830		1974	4744
	1951	1950		1975	4744
	1952	1770		1976	4175
	1953	1185		1977	4275
	1954	1800		1978	4617
	1955	2400		1979	4963
	1956	3011		1980	4517
	1957	2800		1981	4020
	1958	2000		1982	3908
	1959	1670		1983	3889
	1960	2000		1984	3623
	1961	1383		1985	3318
	1962	1520		1986	3163
	1963	2028		1987	3206
	1964	2047		1988	3416
	1965	2047		1989	3557
	1966	2223		1990	3657
	1967	2223		1991	4043
	1968	2470			

Obwohl so wichtige Voraussetzungen wie ein Betriebskataster, gute Post- und Verkehrsverhältnisse in dieser wirtschaftlich schwierigen Nachkriegsphase fehlten, wurden noch im Jahre 1945 Betriebsrats- und Vertrauensmännerwahlen durchgeführt. In 103 Betrieben, in denen insgesamt 2.251 Bau- und Holzarbeiter beschäftigt waren, wurden 209 Mandate vergeben. 48 gingen an die SPÖ, 40 an die ÖVP, 12 an die KPÖ. 109 Betriebsräte waren entweder parteilos oder von ungeklärter Parteizugehörigkeit. Dieses Stärkeverhältnis verschob sich bei den nächsten Wahlen zuungunsten der Fraktion Christlicher Gewerkschafter:

Ergebnisse von Betriebsrats- und Vertrauensmännerwahlen

	SPÖ	ÖVP	KPÖ/Linksblock	VdU/FPÖ	o.P./Unabhängig
1945	48	40	12	-	109
1948	67	37	17	-	75
1950	25	3	5	1	28
1953	94	27	4	2	68

Bei der ersten Landeskonferenz der Betriebsräte am 8. Dezember wurde einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der die wesentlichen gewerkschaftlichen Forderungen erhoben wurden:

"Ausgehend von der so teuer erkaufte Erfahrung, wonach eine dauernde Verankerung der Demokratie nur dann erfolgen kann, wenn neben der Überwindung des nazistischen Geistes, die Grundlagen zum Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft und zur sozialen Gerechtigkeit geschaffen werden, halten die Versammelten die Erfüllung folgender Voraussetzungen für dringend nötig:

1. Gewährung des vollen Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter und Angestellten an dem Wiederaufbau der Wirtschaft.
2. Ausschaltung aller jener Kräfte und Personen aus der Wirtschaft und Verwaltung, die als exponierte Faschisten, direkt oder auch nur indirekt als Geldgeber an dem Unglück Österreichs schuldig wurden...
6. Sofortige Wiederinkraftsetzung aller sozialen Gesetze nach dem Stand vom 1. Jänner 1933 und ehestens Novellierung dieser Gesetze im Sinne einer anzustrebenden sozialen Gerechtigkeit..."

Es galt eine Sisyphusarbeit in Angriff zu nehmen. Neben den alltäglichen Schwierigkeiten - bis Ende der vierziger Jahre herrschte Mangelwirtschaft, es fehlte an Rohstoffen, Lebensmitteln und Kohle - gestaltete sich der politische Neuanfang zäher, als es sich mancher Gewerkschafter vorgestellt hatte. Von einer betrieblichen Mitbestimmung wollten etliche Arbeitgeber auch nach Ende der Nazi-Herrschaft nichts wissen. Eine Bau- und Holzarbeiterabordnung wandte sich hierauf an den Generaladministrator der französischen Militärregierung, der in einem Schreiben an Landeshauptmann Ulrich Ilg klarstellte, daß das Betriebsrätegesetz vom 15. Mai 1919 wieder gelte und Mißachtungen von der französischen Militärregierung geahndet würden.

"Wirtschaftssäuberung"

Mit dem sogenannten "Verbotsgesetz" und dem "Verfassungsgesetz über Maßnahmen zur Wiederherstellung gesunder Verhältnisse in der Privatwirtschaft" wurde 1945 der erste Versuch unternommen, die österreichische Gesellschaft und Wirtschaft vom Nationalsozialismus zu säubern. Die NSDAP und ihre Organisationen wurden verboten, ihre Mitglieder mußten sich registrieren lassen. In Vorarlberg betraf diese Registrierungspflicht

rund 20.000 Menschen, circa 9 % der Bevölkerung. Die ehemaligen "Illegalen" - Personen, die zwischen dem 1. Juli 1933 und dem 13. März 1938 der NSDAP oder einer Unterorganisation angehört hatten - wurden von der Leitung von Betrieben ausgeschlossen, "illegale" Arbeitnehmer entlassen.

Die Stoßrichtung der bei der ersten Betriebsräte-Landeskonferenz erhobenen Forderungen war eindeutig: Die "Entnazifizierung" sollte mit betrieblicher Mitbestimmung verknüpft werden, die Gewerkschaftsvertreter wollten bei der "Wirtschaftssäuberung" ein gewichtiges Wort mitsprechen.

In der Praxis stellten sich dem jedoch kaum überwindbare Hindernisse entgegen. Resignierend heißt es im "Bericht der Landesstelle Vorarlberg des ÖGB" 1946:

"Die mit der Wirtschaftssäuberung verbundenen Arbeiten gleichen einem Bandwurm ohne Ende. Sie zählen zu den schwierigsten und undankbarsten Arbeiten des Landessekretariates und das Ergebnis steht in keinem Einklang zu der hierfür aufgewendeten Zeit und Mühe ... Wohl haben die französischen Besatzungsbehörden gleich nach der Befreiung eine gewisse Anzahl nazistisch Belasteter, darunter auch einige größere Fabrikanten in Haft gesetzt oder in Anhaltelager gebracht und für deren Betriebe Zwangsverwalter bestellt. Doch zur Hauptsache waren die Lager mit kleinen Nazis gefüllt, während andere viel stärker Belastete sich der Freiheit erfreuen konnten."

Die Bau- und Holzgewerkschaft war von der Nazifrage besonders betroffen. Denn viele "Ehemalige" mußten "aus Gründen von Schuld und Sühne" in der Bauwirtschaft unterkommen. In der dritten Nummer (Mai 1946) des damaligen Organs der Gewerkschaft, dem "Bau- und Holzarbeiter", nahm der provisorische Hauptvorstand ausführlich zur dieser Problematik Stellung:

"Ob die demokratisch denkenden Arbeiter es als angenehm empfinden oder nicht, es wird Tatsache, daß sie in Zukunft neben sich auf den Arbeitsplätzen ehemalige Nazi als Arbeitskollegen haben werden." Während jedoch die "großen" Nazis von der Aufnahme in die Bau- und Holzarbeitergewerkschaft ausgeschlossen blieben, sollte den Mitläufern die Möglichkeit der Bewährung gegeben werden. Ihr konkretes Verhalten - etwa bei Lohnkämpfen - sollte der Maßstab sein, nach dem sie zu beurteilen waren. Allerdings wurde ihr Wahlrecht zu gewerkschaftlichen oder betrieblichen Funktionen einer Karenzfrist bis zu fünf Jahren unterworfen. Am 6. Februar 1947 wurde ein neues NS-Gesetz erlassen, das eine Einteilung in "Belastete" und "Minder-

belastete" vorsah. Die Landesgewerkschaft vertrat die Linie, "daß man jene, die wirklich schuldig geworden sind und sich Verbrechen schuldig gemacht haben, vor Gericht stellt, allen anderen aber, also allen Minderbelasteten, die Wohltat einer allgemeinen Amnestie zuteil werden läßt."

Die erste Landeskonferenz

Am 15. August 1948 fand die erste Landeskonferenz der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft unter der Leitung von Anton Groß statt. Bei der Wahl der neuen Landesleitung wurden die politischen Spannungen, die in der Organisation vorhanden waren, deutlich,

Die eingebrachten Wahlvorschläge sahen vor, daß von den acht zu vergebenden Plätzen in der Landesleitung die Kommunisten vier, die

Landesobmänner

1945/46 Hans Ciresa (Feldkirch)

1947-49 Anton Groß (Hard)

1950-55 Ludwig Foidl (Bürs)

1956-58 Ferdinand Lobmayer (Partenen)

1959-65 Franz Brom (Dornbirn)

1965-67 Othmar Gorbach (Bregenz)

1967-86 Franz Rauter (Bregenz)

1986- Peter Mayer (Götzis)

Landessekretäre

1947-50 Andreas Tiefenthaler

1950-53 Roman Heinz (Landessekretär)

1953-61 Alois Seebacher (Landessekretär)

1955-58 Leonhard Treichl (Sekretär)

1960-67 Franz Kocab (Sekretär)

1961-78 Karl Gruber (Landessekretär)

1965-81 Franz Brom (Sekretär)

1967-78 Willibald Elisser (Sekretär)

1979- Willibald Elisser (Landessekretär)

1981-86 Leopold Untermayer (Sekretär)

1986-91 Alois Triebel (Sekretär)

Sekretariate

1946-50 Bludenz, Österreichischer Hof

1950-52 Feldkirch, Gilmstraße 2

1952-85 Feldkirch, Widnau 4

ab 1985 Feldkirch, Widnau 2

Parteilosen und die Sozialisten je zwei und die ÖVP kein einziges Mandat erhalten hätten. Als Obmänner waren die Kommunisten Anton Thaler und Eduard Sikyr vorgeschlagen. Um diese Wahl zu verhindern, griff der Abgesandte des Hauptvorstandes, der zweite Vorsitzende der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft Rudolf Holowatyj, in die Debatte ein und gab zu bedenken, daß es nicht glücklich sei, "wenn die Führung der Landesorganisation Vorarlberg unserer Gesellschaft in die Hände der kleinsten, das heißt der kommunistischen, Gruppe übergehe. Dies sei gänzlich undenkbar, weil die wohl lautstarke, aber gewerkschaftlich sehr schwach arbeitende kommunistische Gruppe die Führung des Landesvorstandes bekomme." Holowatyj wandte sich vor allem gegen Eduard Sikyr, dem er vorwarf, er wolle unter allen Umständen zweiter Sekretär werden und "terrorisiere" deshalb die Landeskonferenz. Schließlich wurde ein neues Wahlkomitee unter dem Vorsitz des SP-Mannes Franz Waibel installiert, das als Obmann Anton Groß und als Stellvertreter Franz Perberschlager (beide SPÖ) vorschlug. Außerdem wurden zwei weitere SP-Leute, zwei Parteilose und je ein Vertreter der KPÖ und ÖVP nominiert. Dieser Vorschlag fand mit 33 zu 6 Stimmen eine klare Mehrheit.

Thematisch standen auf dieser ersten Landeskonferenz der Abschluß des Bauarbeiterkollektivvertrages und das 2. Lohn-Preisübereinkommen, das von den kommunistischen Vertretern scharf angegriffen wurde, im Vordergrund.

Die Lohn-Preisübereinkommen

Der Lohn- und Preisstopp war ein Grundpfeiler der nationalsozialistischen Kriegspolitik gewesen. Damit sollte der Krieg so "billig" wie möglich finanziert, eine drohende Inflation verhindert und der "Betriebsfrieden" erhalten werden. Keines dieser Ziele konnte von den Nationalsozialisten erreicht werden.

Nach der Befreiung wurde auch in der französischen Zone der Lohn- und Preisstopp aufrechterhalten. Doch mit diesem wirtschaftspolitischen Instrumentarium gelang es in der neuen Republik ebenfalls nicht, die Preise stabil zu halten. Es war unmöglich, Löhne festzusetzen, die der tatsächlichen Kaufkraft des Geldes Rechnung trugen. Die Schere zwischen den Löhnen und Preisen klappte immer mehr auseinander. Mit Überbrückungshilfen, Lohnhärtausgleichen, Prämien etc. sollte dieser Ent-

Löhne und Preise: Ein Vergleich im Jahre 1946

Mindeststundenlöhne in S und deren Erhöhung gegenüber Mai 1946

	Mai 1945	Oktober 1946	Erhöhung
Bauarbeiter			
Spezieller Facharbeiter	1.10 bis 1.15	1.55	38%
Facharbeiter	-.90 bis 1.10	1.45	45%
Angelernter	-.85 bis -.90	1.30	59%
Hilfsarbeiter	-.70 bis -.90	1.10	38%

Holzverarbeitende Gewerbe

Spezieller Facharbeiter	1.05	1.36	30%
Facharbeiter	-.95	1.32	39%
Angelernter	-.80	1.03	29%
Hilfsarbeiter	-.75	-.94	34%

Textilarbeiter

Lohngruppe 1	-.58	-.75	alle 60%
Lohngruppe 7	-.59	1.03	
Lohngruppe 14	-.94	1.36	

Preisvergleich:

	Kalorien	Preis pro Kilogramm	pro 1000 Kalorien
Frischei	70	0.18	2.60
Fleisch	2000	3.00	1.50
Magerkäse	2000	3.04	1.52
Fett	8000	4.64	1.16
Magermilch	350	0.18	0.52
Kartoffel	650	0.20	0.31
Zucker	4000	0.80	0.20
Brot	2500	0.45	0.18
Mehl	3300	0.50	0.15
Hülsenfrüchte	3000	1.00	0.33

Aus einer Kleinanzeige im Dornbirner Gemeindeblatt:

Bettfedern S 60.-, Fahrradreifen (Draht und Halbballon) S 10.-, werden gegen Wulstreifen getauscht; älterer Waschkessel S 50.- (wird ebenfalls getauscht); Knickerbockeranzug, mittlere Größe, S 100.-, gegen Anzug mit langer Hose; Hornyphon-Lautsprecher S 80,- wird gegen Schafwolle, gewaschen, getauscht.

wicklung Einhalt geboten werden. Durch die in Vorarlberg im Schnitt höheren Lebenshaltungskosten wurde die Situation dramatisch verschärft.

Eine Vorreiterrolle nahmen beim Kampf um höhere Löhne die Bau- und Holzarbeiter ein. Mit Genehmigung des Landeshauptmannes Ulrich Ilg traten am 1. März 1946 neue Lohnvereinbarungen mit dem Unternehmerverband in Kraft. Doch damit zeigten sich die französischen Behörden nicht einverstanden. Voizard, der Generaladministrator der französischen Truppen in Österreich, ordnete an:

"Die Löhne sind auf ihren alten Stand zurückzuführen und keinerlei Erhöhungen werden den Arbeitern gezahlt. Die Überprüfung der Lohnbücher wird durch Offiziere der Militärregierung durchgeführt."

Dadurch trat eine empfindliche Verzögerung bei der Lohnanpassung ein. Die folgende Tabelle zeigt, wie rasch im Jahre 1947 die Lebenshaltungskosten in Vorarlberg in die Höhe schnellten. Mit dieser Entwicklung konnten die Löhne nicht Schritt halten.

Lebenshaltungskostenentwicklung im Jahre 1947

(Index des Vorarlberger Statistischen Amtes)

	Ernährung	Kleidung	Wohnung	Licht/Heizung	Gesamt
Jänner	173	203	114	114	151
Dezember	345	498	166	345	296

Die Forderungen der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft waren mit jenen der anderen Gewerkschafter ident:

1. Sofortige Maßnahmen zur Stabilisierung der Währung
2. Lenkung der Produktion durch Zuweisung von Rohstoffen
3. Straffeste Bewirtschaftung der notwendigen Bedarfsgüter
4. Kampf den überhöhten Preisen und strengste Kontrollen
5. Exemplarische Bestrafung der Preiswucherer und Schleichhändler

In ähnlicher Form wurden diese Forderungen während der nächsten Jahre immer wieder bei den zuständigen Behörden und Politikern deponiert - mit unterschiedlichem Erfolg.

Beim ersten Verbandstag der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft nach dem Krieg (1946) wurde angeregt, Kollektivverträge für das gesamte Bundesgebiet abzuschließen. Dies wurde nach Beschluß des Kollektivvertragsgesetzes im Februar 1947 möglich. Ab diesem Zeitpunkt führte das Landessekretariat des ÖGB keine selbständigen Lohnverhandlungen mehr.

Die Schwierigkeiten bei der Lohnpolitik der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft waren durch die Verschiedenartigkeit der erfaßten Berufsgruppen vorgegeben. Für nicht weniger als 102 verschiedene Berufsarten galt es Verträge auszuhandeln!

Die Auseinandersetzungen um die Lohn-Preis-Entwicklung eskalierten in Österreich nach dem 4. Lohn-Preisabkommen 1950. Die weitverbreitete Unzufriedenheit nützten die Kommunisten aus, um die Stimmung unter der Arbeiterschaft anzuheizen. Die von ihnen initiierte Streikbewegung Ende September/Anfang Oktober - sie ist als "Kommunistenputsch" in die österreichische Geschichte eingegangen - wurde nicht zuletzt mit Hilfe der Bau- und Holzarbeiter unter der Leitung von Franz Olah niedergehalten.

Eine von den Kommunisten ausgerufene und nicht autorisierte "gesamt-österreichische Betriebsrätekonferenz" rief am 30. September in Floridsdorf zur Rücknahme des Lohn-Preisabkommens auf, andernfalls sollte der Generalstreik proklamiert werden.

Die ersten diesbezüglichen Flugblätter tauchten in Vorarlberg am 2. Oktober auf. Die Landesleitung des ÖGB trat den Generalstreikparolen energisch entgegen:

"Der Gewerkschaftsbund betrachtet diesen Streik als einen wilden, nicht im Interesse der Arbeiter gelegenen Streik. Wer daran teilnimmt, tut dies auf eigene Gefahr und muß sich klar darüber sein, daß er damit nicht nur die Sache der Arbeiter- und Angestelltenschaft, sondern auch die des ganzen Volkes schädigt."

Dennoch kam es zu örtlichen Arbeitsniederlegungen, vor allem bei den Bauarbeitern. Bei der Vorarlberger Zementwerke AG in Lorüns traten 130 Arbeiter in den Ausstand, an acht Kraftwerksbaustellen der Illwerke im Montafon sowie bei zwei Bregenzer Baufirmen wurde gestreikt. Allerdings brach der Ausstand bereits nach einem Tag zusammen. Insgesamt folgten in Vorarlberg nur 1.357 Arbeiter der Generalstreikparole der KPÖ.

Auch nach Auslaufen des letzten Lohn-Preisübereinkommens (1952) kam es in Vorarlberg wegen der Preissituation zu Streiks. Am spektakulärsten war der "Generalstreik" im Jahre des Staatsvertrages. Am 7. Oktober 1955 ruhte für eine Stunde die Arbeit an allen Baustellen und in den meisten Betrieben des Landes. Post, Zoll und Gendarmerie schlossen sich den gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen an. Der Grund für diesen Solidaritätsstreik war in der Preistreiberei einzelner Metzgereien und Bäckereien im Zuge der Dornbirner Export- und Mustermesse zu suchen. Unter der Federführung des Landeshauptmannes wurde ein "Kontaktausschuß" in-

stalliert, um die Preissituation in den Griff zu bekommen - ohne allzu großen Erfolg.

Organisationsprobleme

Zu Beginn des Jahres 1950 war die Landesorganisation der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft in eine schwere Krise geraten. Auf der Landeskonferenz am 11. März 1950 gaben in Bludenz die Delegierten ihrem Unmut über Unzulänglichkeiten in der Gewerkschaftsorganisation unverhohlenen Ausdruck. In der Gewerkschaftszeitung "Solidarität" heißt es über diese Arbeitsperiode:

"Die Leitung des Sekretariats hat mit ebensowenig Geschick wie geringem Eifer gearbeitet und dadurch ihr gerüttelt Maß an Schuld, daß sich die Dinge in so unerfreulicher Weise entwickeln konnten. Die Vertrauensmänner in den Betrieben mögen von bestem Geiste beseelt sein und ebenso gute Absichten haben, sie werden den Wünschen und Bedürfnissen der Kollegen nicht gerecht werden können, wenn nicht mit dem nötigen Nachdruck bei Ausnützung aller Möglichkeiten jene Veranlassungen getroffen werden, die unumgänglich notwendig sind, sollen die Mitglieder nicht enttäuscht werden."

Vor allem auch die mangelnde Kommunikation zwischen der Bundesleitung, der Landesleitung und den Mitgliedern wurde beklagt:

"Daß Vorarlberg auch lohnrechtlich, dank der passiven Haltung unseres Sekretariats, vieles zu wünschen übrig läßt, ist bei dieser Sachlage unvermeidlich ... Auch der Aufbau unserer Organisation in Vorarlberg ist unzulänglich und unzweckmäßige Betriebszahlstellen bringen den Nachteil mit sich, daß die Kollegen am Gewerkschaftsleben nur soweit Anteil nehmen, als ihr Betrieb unmittelbar interessiert ist. Gewerkschaftliche Gesamtaufgaben werden zumeist weder beachtet, noch behandelt."

Wegen der desolaten Verhältnisse im Sekretariat wurde der Vorsitzende der Landesexekutive des ÖGB, Arbeiterkammerpräsident Anton Linder, vorübergehend mit der Geschäftsführung betraut. Erst als Roman Heinz ins Sekretariat einzog, beruhigte sich die Situation.

Allerdings wurde auch in den folgenden Jahren der geringe Organisationsgrad in Vorarlberg von Bundesgewerkschaftern negativ hervorgehoben. So auf der 8. Landeskonferenz am 11. Februar 1956 (Vorsitz Ludwig Foidl) vom damaligen Gewerkschaftsvorsitzenden und Vizepräsidenten des ÖGB,



"Planwirtschaft besiegt Arbeitslosigkeit" – Maiaufmarsch Bregenz, ca. 1950

NR Franz Olah, der das Hauptreferat hielt. In diesem Referat ging Olah auf den Zusammenhang von mangelnder Organisation und Lohnsituation in Vorarlberg ein und sagte:

"Wir werden in Vorarlberg, in dem so viel von Harmonie und Arbeitsfrieden die Rede ist, wo jedoch im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern so wenig Entgegenkommen gezeigt wird, die gewerkschaftlichen Kampfmittel stärker zur Anwendung bringen müssen. Vielleicht sind die Unternehmer in Vorarlberg etwas hartnäckiger, weil sie wissen, daß es in verschiedenen Betrieben mit der Organisation schlecht bestellt ist."

Arbeitsmarkt und Arbeitskräfte

Es ist klar, daß die Lohn-Preis-Problematik nicht isoliert von den Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt betrachtet werden kann. Neben der in Vorarlberg dominierenden Textilindustrie - zwei Drittel der in der Industrie Beschäftigten arbeiteten in dieser Branche - kamen der Metallverarbeitung

und der Bauindustrie eine Leitfunktion zu. Die letztere hing ganz entscheidend von der Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft ab.

Die Vorarlberger Elektrizitätswirtschaft hatte schon vor dem "Anschluß" in den reichsdeutschen Wirtschaftsplänen einen hohen Stellenwert innegehabt. Während der NS-Zeit stieg demzufolge die Kapazität der Illwerke - vor allem durch den Bau von Rodund und Obervermont - gewaltig an. Auch die VKW expandierten. So profitierten das Land Vorarlberg und die Republik nach Kriegsende von den Investitionen in der NS-Zeit. Ende der vierziger Jahre erlebte der Kraftwerksbau eine Boomphase. Doch mit der Fertigstellung der Arbeiten bei den Illwerken und beim Alfenzwerk anfangs der fünfziger Jahre verschärfte sich vorübergehend die Situation im Baugewerbe. Von den 6.700 im Sommer beschäftigten Bauarbeitern - der Großteil stammte aus Innerösterreich - sank der Stand im Winter 1952 auf 3.000 ab. Der Anteil der Bauarbeiter an der Arbeitslosengesamtzahl stieg kurzfristig auf 60 %. Die Arbeiten am Lünenseewerk senkten jedoch in den folgenden Jahren diesen Anteil wieder auf ein normales Maß.

Der Elektrifizierungsgrad der Vorarlberger Haushalte erreichte Mitte der fünfziger Jahre die Zweidrittelmarke.

Zahl der in Vorarlberg bei öffentlichen Bauten beschäftigten Arbeitnehmer

	1954	1955	1956	1957
Jänner	1.100	2.000	3.400	3.670
März	1.900	2.900	3.730	4.200
Juni	3.000	3.800	4.750	4.100
September	3.800	4.250	4.600	3.800

Per 31. Dezember 1956 waren in den Bau- und Bauhilfsbetrieben 7.762, in der Holzbearbeitung 2.113 Arbeitnehmer - gesamt also 9.875 - beschäftigt. Bei einem Beschäftigungsstand von 66.433 im Land machte dies einen Anteil von 14,8 % der Beschäftigten aus. Im Vergleich dazu: Die Textil- und Bekleidungsbetriebe wiesen damals 26.116 Arbeitnehmer (39,3 %) auf.

Von den rund 900 Betrieben des Bauhaupt- und Baunebengewerbes beschäftigten circa 500 nur ein oder zwei Arbeiter. Damit herrschte der "Kleinstbetrieb" vor. Dies hatte selbstverständlich auch Auswirkungen auf die Organisationsstruktur der Gewerkschaft. Nur 2.400 Arbeitnehmer, rund ein Viertel, waren gewerkschaftlich organisiert. Durch die hohe Fluktuation - alljährlich wanderten an die 3.000, ein Drittel, zu bzw. in der kalten Jahreszeit ab - war die Gewerkschaftsarbeit hier besonders schwierig.

In den sechziger Jahren in der Gewerkschaft Bau- und Holz organisierte Betriebssparten

Baugewerbe
Bauhilfsgewerbe
Schwarzdecker
Brunnenmacher- und Tiefbohrergewerbe
Dachdeckergewerbe
Pflasterergewerbe
Glasergerbe
Hafner-, Platten- und Fliesenlegergewerbe
Maler, Anstreicher, Lackierer, Schildermaler und Industriemaler
Feinkeramische, Steinzeug-, Porzellan- und Schamottindustrie
Steinarbeiter
Rauchfangkehrergewerbe
Zementindustrie
Ziegelindustrie
Zimmerergewerbe
Wildbach- und Lawinenverbauung
Taucher
Sägeindustrie
Bettenindustrie
Knopfindustrie
Holzverarbeitende Industrie
Holzverarbeitende Gewerbe
Tapezierergewerbe

Berufssparten:

Anstreicher	Bürstenmacher
Asphaltierer	Büstenmacher
Baggerführer	Chaissonarbeiter
Baumaschinenisten	Dachdecker
Bautischler	Dekorateur
Besenbinder	Drechsler
Bettwarenerzeuger	Eisenbieger
Betonbauer	Eisenflechter
Betonsteinfacharbeiter	Eternitwarenhersteller
Bildhauer	Fassader
Bootbauer	Feuerungsmaurer
Bruchsteinmaurer	Fliesenleger
Brunnenmacher	Formenstecher

Fußbodenleger	Musikinstrumentenmacher
Gerüster	Ofensetzer
Gipsler	Orgelbauer
Gipswerkerarbeiter	Parkettmacher
Glaser	Pflasterer
Gleisbauer	Pinselformer
Hafner	Plattenleger
Holzbildhauer	Porzellanmaler
Holz Hilfsarbeiter	Quarzsandgrubenarbeiter
Holzschnitzer	Rauchfangkehrer
Holzstöckelpflasterer	Rodelerzeuger
Holz imprägnierer	Rohrleger
Industriemaler	Rohtongrubenarbeiter
Isolierer	Sägearbeiter
Jalousienbauer	Sandgrubenarbeiter
Kalkwerkerarbeiter	Schaler
Kaminbauer	Schamotterzeuger
Kammacher	Schildermaler
Kaolinwerkerarbeiter	Schriftenhauer
Karosseriebauer	Schornsteinmaurer
Keramiker	Schotterwerkerarbeiter
Kesselmaurer	Schwarzdecker
Kiesgrubenarbeiter	Schwellenhauer
Klaviermacher	Skierzeuger
Knopfmacher	Steinbildhauer
Korbflechter	Steinbrucharbeiter
Korkwarenmacher	Steinholzleger
Kraftwerkbauarbeiter	Steinmetze
Kranführer	Steppdeckennäherinnen
Kraftfahrer (Bau-, Holzbetriebe)	Straßenbauarbeiter
Kreidewerkerarbeiter	Stukkateure
Kunststeinerzeuger	Tapezierer
Kunststoffleger	Taucher
Lackierer	Terrazzoleger
Lawinenschutzarbeiter	Tischler
Leitgerüster	Töpfer
Linoleumleger	Vergolder
Marmorwarenerzeuger	Vizepoliere
Maschinenarbeiter (Holz)	Wagner
Mattenflechter	Wildbachverbauungsarbeiter
Maurer	Zementarbeiter
Mineure	Ziegelarbeiter
Möbeltischler	Zimmerer
Mosaikleger	

In der Baubranche herrschte in Vorarlberg nach Kriegsende zunächst akuter Arbeitskräftemangel, der nur deshalb begrenzt werden konnte, "weil ein erheblicher Teil der erforderlichen Ziegelei- und Steinbrucharbeiter durch politische Gefangene und Häftlinge ersetzt wurde."

Eine besondere Bedeutung bei der Entwicklung auf dem Bausektor kam dem Zementwerk Lorüns, das 1947 monatlich circa 3.000 Tonnen Zement erzeugte, zu. Allerdings konnten zunächst wegen des herrschenden Kohlemangels die bestehenden Kapazitäten bei weitem nicht ausgeschöpft werden.

Der "Wiederaufbau" kam mit Hilfe des Marshall-Planes 1948 bis 1951 in Schwung. Die Zunahme der öffentlichen Bauten (Straßenbauten, Lawinen- und Wildbachverbauung; Arbeiten an der Rheinregulierung u.a.) und der privaten Bautätigkeit überforderte die Produktion von Baustoffen. Die Beschaffung von Rohstoffen - zum Teil aus Innerösterreich - war mit großen Schwierigkeiten verbunden, Baueisen war in Vorarlberg schwer aufzutreiben und nur zu Überpreisen erhältlich. Bis Mitte der fünfziger Jahre bestanden auch große Engpässe in der Ziegelerzeugung.

Da sich die private Bautätigkeit auf die Errichtung von Ein- und Zweifamilienhäusern konzentrierte, konnte die im Land herrschende Wohnungsnot allerdings nicht beseitigt werden.

In diesen Jahren der Bauhochkonjunktur forderte die Bau- und Holzgewerkschaft vehement staatliche Lenkungsmaßnahmen, um die Arbeit auf das ganze Jahr zu verteilen. Damit sollte die Massenarbeitslosigkeit im Baugewerbe während der Wintermonate hintangehalten und der sommerliche Zustrom von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft unterbunden werden.

Aus der Resolution der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft an den Herrn Bundeskanzler Ing. Leopold Figl (1951):

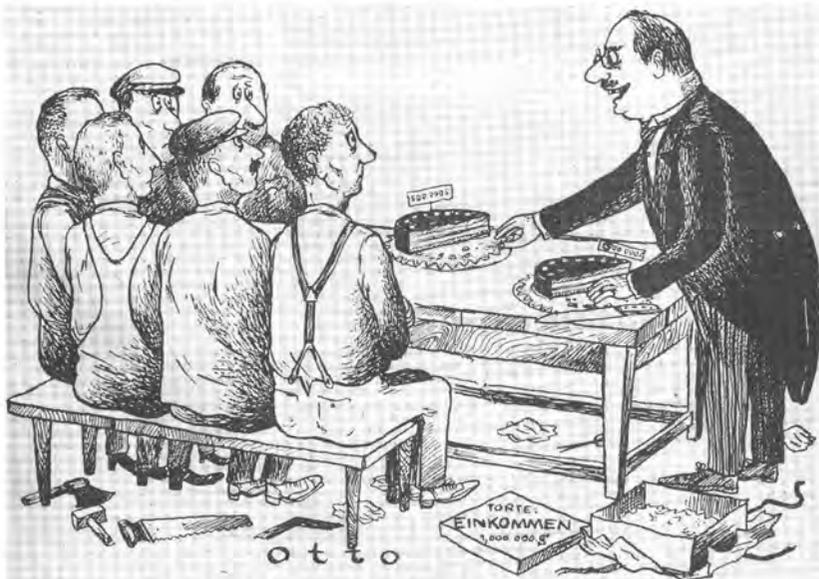
1. *Errichtung eines zentralen Amtes bei der Bundesregierung für das gesamte Bauwesen und für Arbeitsbeschaffung;*
2. *gleichmäßige Verteilung aller Budgetmittel sowie aller Kredite und Investitionen für die Bauwirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden, Bank- und Kreditinstituten, Staats- und verstaatlichten Betrieben; dadurch gleichmäßige Verteilung auf das ganze Jahr und Beginn der Bauvorhaben gereiht nach Dringlichkeit und Ausführungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung der Witterungsverhältnisse;*
3. *obligatorische öffentliche Arbeitsvermittlung für das gesamte Baugewerbe;*
4. *Reform der Schlechtwetterentschädigung;*

Gegen die „uferlosen“ Forderungen der Bauarbeiter



Der Hetze der Unternehmerpresse und ihrer Trabanten hat sich auch Nationalrat Dr. Gorbach angeschlossen und zur Abwehr aufgerufen.

Das Bild zeigt einen Abschnitt aus dem neuen großen Raab-Kamitz-Arbeitsbeschaffungsprogramm: Uferschutzbauten gegen die „uferlosen“ Bauarbeiterforderungen mit NR Gorbach als Bauführer.



„Also, wir wollen ganz ehrlich teilen: die eine Hälfte für mich und die andere für euch!“

Aus der Gewerkschaftszeitung "Bau- und Holzarbeiter", 20.3. und 17.4.1954

5. *Novellierung des Bauarbeiter-Urlaubgesetzes;*
6. *Errichtung eines Kreditinstitutes mit niedrigem Zinsfuß für die Bauwirtschaft;*
7. *Gewährung von ERP-Krediten an die Bauwirtschaft;*
8. *Einbeziehung von Schnitt-, Bau- und Grubenholz sowie aller Grundbaustoffe in die Rohstofflenkung;*
9. *Festsetzung von Höchstpreisen für alle Baustoffe;*
10. *Einführung einer Exportabgabe für Schnittholz;*
11. *Anerkennung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiterschaft durch eine paritätische Kommission;*
12. *Errichtung eines zentralen Beirates für Holzwirtschaft mit gleichberechtigter Vertretung der Arbeitnehmer.*

Durch die Grenzlage Vorarlbergs entstand hier ein besonderes Arbeitsmarktproblem: der Arbeitsmarkt wurde durch das benachbarte Ausland "ausgetrocknet". Tausende verdingten sich als Grenzgänger und Saisonarbeiter allein in der Schweiz.

Das ständige Wandern, von einer Baustelle zur anderen, sondern auch von Berufssparte zu Berufssparte, brachte den Ausfall von Produktionsstunden und den Ruf der Unternehmer nach Gastarbeitern mit sich: "Mit einer sehr geschickten Pressekampagne aller bürgerlichen Blätter des Landes wurde die Aktion 'Fremdarbeiterimport' eingeleitet und mit der Parole 'Wohnhausbau in Gefahr' die öffentlichen Stellen im Lande zur Unterstützung dieses Verlangens mobilisiert. Von uns vorgeschlagene Maßnahmen, wie Planung und Lenkung der Bauwirtschaft, Verteilung der Bauvorhaben auf das ganze Jahr, fristgerechte Anbotsstellung, bessere Entlohnung wurden zwar teils zur Kenntnis genommen und teils sogar gutgeheißen, aber nicht durchgeführt." (Bericht aus Vorarlberg auf dem 4. Gewerkschaftstag 1955).

Da die Ziegelunternehmer besonders unter dem Mangel an Arbeitskräften zu leiden hatten - nicht zuletzt wegen der zum Teil tristen Lohn- und Arbeitsverhältnisse -, stellten sie einen Antrag an das Bundesministerium für soziale Verwaltung zur Bewilligung von 35 italienischen Arbeitern. Auch die Schifabrik Kästle bemühte sich um ausländische Arbeitskräfte. Noch wurde dieses Ansinnen abgelehnt. Doch für gewisse manuelle Hilfsarbeiten (Arbeiten im Kanal-, Künetten- und Straßenbau, im Pflasterergewerbe und Dachdeckergewerbe) ließen sich immer schwerer einheimische Arbeitskräfte finden.

Der Illwerkler

Mitteilungsblatt für die Arbeiter und Angestellten der VIW

Herausgegeben von der Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit

April/Mai 1961

Nr. 14



Als der 1. Mai vor mehr als 70 Jahren zum ersten Mal gefeiert wurde, waren die Unternehmer zu Tode erschrocken und von Hass gegen die demonstrierende Arbeiterschaft erfüllt. Auch heute würden die Kapitalisten, dort wo sie die Wirtschaft und den Staat beherrschen, Arbeiterrechte rückgängig machen und den 1. Mai als Kampf- und Feiertag am liebsten vom Kalender streichen.

Der 1. Mai bringt immer wieder zum Ausdruck, dass die Arbeiterklasse entschlossen und gewillt ist, für ihre Forderungen zu kämpfen und zu siegen und der Kampf der Arbeiterklasse hat die Welt verändert. Heute ist der 1. Mai in vielen Ländern und auch bei uns Staatsfeiertag. Der 1. Mai ist der Tag der Arbeiterschaft, er ist unser Tag. Der heutige 1. Mai ist ein Kampftag gegen die Teuerung und für die Verwirklichung der berechtigten Lösungen:

DER ARBEITERSCHAFT ÖSTERREICHS GEBÜHRT MEHR VON
DER KONJUNKTUR !

VERKÜRZUNG DER ARBEITSZEIT UND HERABSETZUNG DES
RENTENALTERS UM FÜNF JAHRE FÜR ALLE
BESCHÄFTIGTEN !

Der 1. Mai ist der Tag der internationalen Solidarität. Der Kampftag für eine wirkliche Abrüstung, für die Vernichtung der Atomwaffen in allen Ländern, für die Erhaltung und Sicherung eines dauerhaften Friedens.

Das grosse Ziel der Arbeiterbewegung zu erreichen: DEN SOZIALISMUS.
Kollegen ! So grüssen wir Euch zum 1. Mai !

*Zweimal "der Illwerkler": Maiaufruf 1961 und
beim Bau des Totalpistollens 1957*



Die Rechenschaftsberichte der Landessektion auf den Gewerkschaftstagen, die unter einem bestimmten Generalmotto standen (1964 "Mit dem Willen und der Kraft der 194.437 zu neuen Taten neuen Erfolgen"; 1967 "Aus der Vergangenheit lernen, für die Zukunft wirken"; 1971 "Unsere Leistung die Zukunft Österreichs") nehmen in den kommenden Jahren beinahe stereotypen Charakter an.

Franz Brom (Landesobmann) und Karl Gruber (Landessekretär) gaben 1964 das Muster vor. In ihrem Bericht hoben sie die herrschende Baukonjunktur, die günstige Beschäftigungslage (Kraftwerkstufe Kops!) - auch in den Betrieben der Baustoffherstellung und Steingewinnung -, die rege Nachfrage nach Fach- und Hilfskräften und die gute Winterbeschäftigungslage hervor. Deshalb habe die PAF (Produktive Arbeitslosenfürsorge) in unserem Lande nicht die Bedeutung wie andernorts. Auch die Holzindustrie sei permanent ausgelastet. Beklagt wurde die zunehmende Notwendigkeit, ausländische Arbeitskräfte zu beschäftigen. Die mangelnde Organisationsdichte wurde teils auf die "Eigenart der Bewohner", teils auf die Kleinbetriebstruktur zurückgeführt. Die Landesobmänner Othmar Gorbach (1967) und Franz Rauter (1971) unterstrichen in ihren Berichten im großen und ganzen diesen Befund.

Ein großer Erfolg für die Gewerkschaft wurde die 1954 ins Leben gerufene Möbelaktion "Soziale Wohnkultur", die auch in Vorarlberg ständig Steigerungsraten zu verzeichnen hatte. Durch die SW-Möbel bekam die gesamte Möbelindustrie wichtige Impulse und der Standard der Wohnkultur wurde dadurch entscheidend verbessert.

"Fremd- und Gastarbeiter"

Die meisten nach Kriegsende zuwandernden "Innerösterreicher" waren Hilfsarbeiter, in der Regel mit Volksschulbildung. Sie kamen deswegen hauptsächlich in der Textilbranche, im Gastgewerbe und in der Bauindustrie unter.

Als Anfang der 60er Jahre der Mangel an Arbeitskräften besonders fühlbar wurde, einigten sich die Sozialpartner auf sogenannte "Kontingierungsvereinbarungen".

Vorarlberger Fremdarbeiterkontingent für Bau und Holz 1967 (gültig vom 1.4. bis 31.12; mit den Kollektivpartnern ausgehandelt):

Baugewerbe 2.500
Bauhilfsgewerbe 150
Steinmetzgewerbe 50
Zimmerer 100
Kl. Berufsgruppen Holz 150
Tapezierer 15
Baustoff 150
Sägeindustrie 60
Holzindustrie 75

Gesamtkontingent 3.250

Zunächst wurden ausländische Arbeitskräfte, die zum Teil mit starken Vorurteilsmustern konfrontiert waren, noch als "Fremdarbeiter" bezeichnet. Erst allmählich setzte sich der Name "Gastarbeiter" durch. In den "Vorarlberger Nachrichten" konnte man 1969 lesen:

"Die Gastarbeiter. Früher nannte man sie Fremdarbeiter. Aber sie machten in einer Welt, die gegen Diskriminierung empfindlich geworden ist, die gleiche Karriere wie die unterentwickelten Länder, die zu Entwicklungsländern geworden sind. Die Fremdarbeiter heißen nun Gastarbeiter. Das kann man begrüßen und für richtig empfinden. Nur sind sie auch in unserem Land dadurch noch lange nicht Gast geworden. Wohl arbeiten viele von ihnen, aus Spanien, Jugoslawien oder gar der Türkei, für unsere Wirtschaft brav und fleißig, aber in dem anderen Bereich, im Wohnen und in ihrer Freizeit, sind sie Fremde, oft auch wie Ausgestoßene."

Auch in den Arbeitnehmervertretungen vollzog sich erst langsam ein Umdenken. Zunächst waren die Stellungnahmen der Gewerkschaft zu den "Fremdarbeitern" durchwegs negativ. Man befürchtete, daß durch sie die Arbeitsplätze der Innerösterreicher gefährdet, das Grenzgängertum gefördert, die Löhne gedrückt und sozialpolitische Schutzmaßnahmen umgangen würden. Mitte der sechziger Jahre änderte sich diese Grundposition. Nunmehr wurde die Solidarität mit den ausländischen Arbeitern betont:

"Die Arbeiterkammer und der Gewerkschaftsbund sind für alle Arbeiter und Angestellte des Landes da; ohne Unterschied der Nation, der Rasse, des religiösen Bekenntnisses und der politischen Weltanschauung.

Ja, die Arbeiterkammer ist gesetzlich dazu verpflichtet, die Interessen der Dienstnehmer zu vertreten und fördern. Auch Ihre Interessen. Wenn Sie also

Entwicklung der Ausländerbeschäftigung in Vorarlberg

	BRD	GR	I	YU	E	TÜ	Sonstige	gesamt
8/61	1.482	x	383	113	x	x	295	2.273
8/62	1.562	318	506	145	x	x	346	2.877
8/63	1.420	438	388	237	524	x	479	3.486
8/64	1.492	399	448	1.271	642	409	400	5.061
8/65	1.361	352	510	2.369	924	1.033	314	6.863
8/66	1.276	228	430	3.543	623	1.437	240	7.777
8/67	1.162	196	309	4.830	268	1.753	257	8.775
9/68	1.240	126	245	6.840	174	2.114	271	11.010
9/69	1.262	183	238	8.156	152	3.207	325	13.523
9/70	1.297	215	262	9.561	196	4.699	273	16.503
9/71	1.091	211	207	12.805	131	6.435	417	21.297
9/72	1.074	195	221	13.438	136	7.504	494	23.062
9/73	1.049	240	215	14.961	136	8.629	498	25.728
9/74	919	190	215	12.270	129	8.371	601	22.695
9/75	912	169	236	9.761	114	7.056	693	18.941
9/76	1.059	x	143	10.248	91	7.517	729	19.787
9/77	1.123	x	152	10.323	90	7.669	741	20.098
9/78	1.176	x	170	10.206	85	7.791	763	20.191
9/79	1.192	x	145	10.413	86	8.435	812	21.083
9/80	1.570	x	185	9.570	117	7.925	1.399	20.766
9/81	1.647	x	167	8.795	112	7.619	1.318	19.658
9/82	1.632	x	166	7.976	105	7.172	1.360	18.411
9/83	1.433	x	133	7.203	94	6.513	1.069	16.425
9/84	1.122	x	121	6.856	97	6.255	704	15.155
9/85	1.191	x	111	6.773	x	6.227	787	15.089
9/86	1.195	x	97	6.778	x	6.400	849	15.319
9/87	1.217	x	98	6.610	x	6.409	900	15.234
9/88	1.321	x	x	6.679	x	6.569	1.047	15.616
9/89	1.392	x	x	7.367	x	7.733	1.272	17.764
9/90	1.509	x	x	8.380	x	9.280	1.689	20.858
9/91	1.493	x	x	9.211	x	9.867	1.756	22.327
7/92	1.502	29	126	9.378	73	9.837	1.837	22.782

x Diese Staatsbürgerschaften wurden in den jeweiligen Jahren nicht gesondert erfaßt und sind in den "Sonstigen" beinhaltet.

Im Jahre 1991 wurde auf eine bundeseinheitliche, EDV-mäßige Ausländererfassung, verbunden mit massiven Bereinigungen (in der Höhe von beinahe 2.000), umgestellt. Daher sind die Vergleiche 90/91 - aber auch 91/92 - nur sehr begrenzt möglich.

Rechtsschutz in Fragen des Arbeits- oder Sozialrechtes suchen, wenden Sie sich an uns.

Und die Gewerkschaften wären keine echte Vertretung der Arbeitenden, wollten sie Unterschiede zwischen In- und Ausländern machen. Für die Gewerkschaften gelten nur die Interessen ihrer Mitglieder."

Bezüglich der Herkunft ausländischer Arbeitskräfte können verschiedene Phasen unterschieden werden. Anfang der sechziger Jahre überwogen noch deutsche, 1964 bereits jugoslawische Arbeitskräfte (Anteil: 30 Prozent). In diesen Jahren wanderten auch Italiener, Spanier und Griechen zu. Doch ihre Zahl blieb gering. Rasch stieg jedoch der Anteil der aus der Türkei stammenden Arbeitnehmer an und erreichte im Jahre 1979 40 Prozent.

Die stärkste Zunahme erfolgte in den Jahren 1968 bis 1973: 1968 wurde in Vorarlberg die zehntausender Marke überschritten, 1973 waren bereits 25.896 ausländische Arbeitskräfte beschäftigt. Danach ging die Anzahl zurück.

Nach der durch den "Ölschock" einsetzenden Rezession (Herbst 1973) wurde die bis dahin recht liberale Zuwanderungspolitik geändert. Das Arbeitsamt setzte strengere Maßnahmen gegen die illegal einwandernden "Touristen" durch. 1976 wurde ein neues Ausländerbeschäftigungsgesetz in Kraft gesetzt. Ausländer durften nur mehr dann beschäftigt werden, wenn sie eine behördliche Bewilligung besaßen. Familienzusammenführungen wurden erschwert. Der Ausländeranteil in Vorarlberg betrug damals 17,7 % der Beschäftigten.

v. b. b. *Unsere aktuelle Reportage: Gmundner Keramik*

Solidarität

BAU- UND HOLZARBEITER

50. Jahrgang
21. Mai 1955
Nr. 10

Redaktion, Administration und Expedition: Wien, VII., Schottenringgasse 24
Tel. 9 31-5-70 Sankt

ORGAN DER GEWERKSCHAFT DER BAU- UND HOLZARBEITER ÖSTERREICHS

Wir brauchen keine Fremdarbeiter!

In vielen Teilen Europas steigt die Baufliegerei, und auch unser Bauwesen hat sich in den letzten Jahren vergrößert. Während aber in anderen Ländern die heimische Hand einen beschleunigten Anteil am Gesamtverbrauch hat, sind bei uns in Österreich die Übergabe-Zahl aller Bauarbeiten aus fremder Hand.

oder ausländischen Anteilen aufgebracht werden, müssen sie durch die gewerkschaftliche Bewilligung ermöglicht werden. Nur wenn dabei der Beschäftigung der Arbeitskräfte im

Staatsvertrag aus der Wirtschaftsperspektive

Seit 1946 bemühte sich Österreich um das Zustandekommen des Staatsvertrages. Als im März 1947 in Paris die Friedensverträge mit Rumänien, Ungarn und Bulgarien



Ende 1989 waren 16.942 Ausländer (13,9%) beschäftigt, davon 1.813 auf dem Bau, 995 in der Holzindustrie. Insgesamt waren also in der Bau- und Holzbranche 2.808 Ausländer tätig. Dies entspricht einem Anteil von 16,5 Prozent an den ausländischen Arbeitskräften. Türkische und jugoslawische Gastarbeiter/innen hielten sich dabei fast die Waage. über 7.000 stammten aus diesen beiden Ländern, wobei männliche Arbeitskräfte aus der Türkei überwogen.

Für eine bessere Zukunft

Eine detaillierte Darstellung der gewerkschaftlichen Arbeit ist an dieser Stelle nicht möglich. Es müßte aufgezeigt werden, welche Erfolge die zähen Bemühungen für die soziale Besserstellung der Bau- und Holzarbeiter in diesen siebenundvierzig Jahren seit der Wiedergründung der Gewerkschaft gebracht haben. Wir möchten nur auf das bewährte Bauarbeiter-Urlaubsgesetz aus dem Jahre 1946 sowie auf die Abfertigungsregelung vom 1. Oktober 1987 hinweisen. Weitere Etappen waren etwa:



Nägele Ferdinand, langjähriges Gewerkschaftsmitglied

- die Erhöhung des Mindest-Urlaubsanspruches von 14 Tagen auf fünf Wochen
 - die Einführung der Solidaritätsversicherung
 - die Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit
 - das Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz und die Rechtsschutzgewährung.
- Daß die gewerkschaftliche Frauenarbeit in der Sektion V des ÖGB naturgemäß zu kurz kommt, soll nicht verschwiegen werden, sind doch 97 - 98 Prozent der Mitglieder männlichen Geschlechts!

Die sich ausweitende Bildungs- und Schulungsarbeit hat auch die Bau- und Holzarbeitergewerkschaft in den letzten Dezennien geprägt. Die hochgesteckten Ziele der Bau- und Holzarbeitergewerkschaftsschule in Weinberg (Mühlviertel), die auch von manchem fortbildungswilligen Gewerkschafter aus dem Ländle besucht wurde, artikuliert der damalige Rektor, Dr. Josef Luitpold Stern, 1949 folgendermaßen:

"Wir sind die Gewerkschaft, die alle ihre Betriebsräte schulen will ... So wichtig Brot und Kleid und Haus und Sicherheit sein mögen, eines ist ebenso wichtig; das andere Brot, das andere Haus, das andere Gewand, wonach das Herz jedes Arbeiters dürstet: die Geistigkeit."

Nun, das ist zweifellos etwas hochgegriffen.

Seit Jahrzehnten werden gemeinsam mit der Landesorganisation Tirol auf der Hungerburg bei Innsbruck im Schulungsheim Seehof Betriebsräte-kurse abgehalten. Im letzten Jahr haben 16 Betriebsräte aus Vorarlberg daran teilgenommen. Das Programm umfaßte Gewerkschaftsgeschichte, Betriebsverfassung, Arbeitsrecht, Sozialpolitik und Betriebswirtschaft.

Die Zentralkurse finden im Hotel Böck in Brunn am Gebirge statt. Auch sie werden regelmäßig in Anspruch genommen.

Umdenkprozeß: Die Tage von Hainburg

Im Zuge des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens besetzten im Dezember 1984 Demonstranten die Stopfenreuther Au, um den Baubeginn des Donaukraftwerkes Hainburg zu verhindern. Diesen massiven Protesten gab die Regierung unter Bundeskanzler Fred Sinowatz schließlich nach: Der Bau war nicht zu realisieren.

40 Jahre lang war in Österreich die Energiegewinnung aus Wasserkraft kein strittiges Thema gewesen, man war stolz auf die Kraftwerksanlagen, bis

dahin sprach man von den "Helden von Kaprun"! Nunmehr spaltete der geplante Donaukraftwerksbau die öffentliche Meinung, die Emotionen gingen auf beiden Seiten hoch. Ökologie stand gegen Ökonomie, Naturbewahrung gegen Energiegewinnung, Landschaftserhaltung gegen Arbeitsplätze. Demonstrationen der "Au-Schützer" wurden mit Gegen-demonstrationen der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft beantwortet. 1.200 Betriebsräte aus ganz Österreich sprachen sich in Hainburg vehement für die Räumung der Au und den sofortigen Baubeginn aus.

"Gewerkschaft will mit 70.000 Leuten in die Au marschieren!" - so lautete die Schlagzeile in den VN am 18. Dezember 1984. Es ist schließlich gottseidank doch nicht zur großen Konfrontation gekommen.

Fünf Jahre nach diesen turbulenten Ereignissen nahm der damalige Arbeiterkammerpräsident von Niederösterreich und Vorsitzende der Bau- und Holzgewerkschaft, der heutige Sozialminister Josef Hesoun, zu "Hainburg" Stellung. Er verteidigte seine damalige Haltung und meinte: "Aber auch aus heutiger Sicht war unser Weg richtig: Im Vordergrund standen die Arbeitsplatzsicherung, die Angst vor der Zukunft, die steigende Arbeitslosigkeit etc. Der Zeitgeist war 83, 84 ein anderer als heute - weltweit, nicht nur in Österreich."

Hainburg hat zu einem wesentlichen Umdenkprozeß geführt. Straßenbauten - man siehe zum Beispiel nur die jahrelange Debatte um die S 18 - sind heute gegen den Willen der Bevölkerung politisch nicht mehr durchsetzbar. Heute geht es darum, einen vernünftigen Ausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie zu finden - im Widerstreit der gegensätzlichen Interessen. Für ein konstruktives Bauen plädiert auch Josef Hesoun:

"Bauen ist auch eine schöpferische Tätigkeit. Das ist der Grund, warum ich in dieser Gewerkschaft so gerne arbeite und warum dort auch Menschen anzutreffen sind, die unter den härtesten Lebens- und Arbeitsbedingungen antreten."

18. Gewerkschaftstag der Bau- u. Holzarbeiter, Wien, Sofiensäle, 5.—8. Okt. 1960



*Die Vorarlberger Delegierten beim Gewerkschaftstag in Wien, 1960:
v.l. Ernst Klotz, Landessekretär Louis Seebacher, Landesobmann Franz
Brom, Othmar Gorbach und der Sekretär Franz Kocab*



*18. Landeskonzferenz der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter in
Feldkirch, Landesvorstand und Kontrolle, 17.3.1990*

Quellen:

Berichte des Hauptvorstandes (bzw. des Zentralsekretariates) und Protokolle des Verbandstages (Gewerkschaftstages) der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter Österreichs (Tagungsort: Wien)

1. Verbandstag 20.-22.9.1946
2. Verbandstag 20.-22.11.1949
3. Gewerkschaftstag 20.-23.9.1952
4. Gewerkschaftstag 26.-28.9.1956
5. Gewerkschaftstag 5.-7.10.1960
6. Gewerkschaftstag 11.-14.11.1964
7. Gewerkschaftstag 15.-18.11.1967
8. Gewerkschaftstag 17.-20.11.1971

Berichte der Landesstelle Vorarlberg des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Feldkirch 1945 ff.

Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik, 1945 ff.

Bau- und Holzarbeiter. Organ der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter Österreichs.

Literaturangaben (Auswahl):

Greussing, Kurt (Hrsg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946. Bregenz 1984.

Klenner, Fritz: Hundert Jahre österreichische Gewerkschaftsbewegung. Entstehung und Entwicklung. Wien 1981.

Österreichischer Gewerkschaftsbund (Hrsg.): 100 Jahre Geschichte der Bau- und Holzarbeiter Österreichs. Wien 1967.

Walser, Harald: Bombengeschäfte. Vorarlbergs Wirtschaft in der NS-Zeit. Bregenz 1989.

Wanner, Gerhard: Die Kammer für Arbeiter und Angestellte in Vorarlberg 1946-1985. Feldkirch (1985).